

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzzeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Verheißung

Da ich es doch blühen sehe,
Warum sollte ich denn zweifeln,
Daß die Ernte kommen werde?
Wo ich schaue, wo ich gehe,
Flüstert es mit tausend Stimmen:
Du auch bist ein Kind der Erde.

Deine Wurzeln auch, sie reichen
Weit zurück in dunkle Gründe
Und in schattenvolle Tiefen.
Alle, alle Keime schliefen
Einst, wo nun der Väterreihe
Modernde Gebeine bleichen.

Sie, die wieder nun die Saaten
Treibt zur Sonne, treibt zum Lichte,
Nein, sie wird dich niemals lassen,
Wird mit unsichtbaren Fäden
Heimlich immer dich umfassen
Und befruchten deine Laten.

Denn in jedem Atemzuge
Zittern ihres hauches Wellen...
Wärst du denn, wenn sie nicht wären?
Es erquickten, wenn dich dürstet,
Ihre Bronnen, ihre Quellen,
Und ihr Brot, es muß dich nähren.

Und, suchst du nach reinen Freuden,
Wer denn könnte dazu taugen,
Sie mit voller Hand zu geben?
Aus der Erde sprießt das Schöne,
Und es glänzt in deinen Augen
Wunderreich ihr buntes Leben.

Da ich es doch blühen sehe,
Warum sollte ich denn zweifeln,
Daß die Ernte kommen werde?
Wo ich schaue, wo ich gehe,
Flüstert es mit tausend Stimmen:
Du auch bist ein Kind der Erde!

Ernst Preygang.

Pfingstleute.

Ein bekannter Astronom, der auch gelegentlich in Arbeitervereinen Vorträge hielt, meinte einmal in einer resignierten Stunde: „Was nützt uns aller Kampf um Aufklärung? Wenn man einen Aberglauben ausgerottet hat, ist gleich wieder ein anderer da.“

Mitunter scheint es wirklich so.

Da macht seit einigen Jahren bald hier, bald dort eine neue Sekte von sich reden — die „Pfingstleute“ oder „Geistgetauften“. Ihre ersten Erwecker sind aus Amerika gekommen, und die Propagandisten der neuen Heilslehre, die nicht sehr wählerisch in ihren Mitteln sind, haben allmählich auch in europäischen Ländern Fuß gefaßt. Ja, ihre Anhängerzahl soll heute schon nach Zehntausenden zählen. Das ist — für eine Sekte — ein ungewöhnlicher Erfolg. Vermutlich findet er seine Erklärung darin, daß der neue Glaube ein Sammeljurium der verschiedensten Heilslehren bildet und so jedem sektiererisch angelegten Gemüt wenigstens etwas bietet. Die Gebräuche erinnern stark an die der Heilsarmee. Musik und Gesang spielen bei den Veranstaltungen eine wesentliche Rolle. Dreimal täglich ist sogenannter Gottesdienst. Es gibt Erweckungen, Betebrungen usw. Die wesentlichste Anziehungskraft aber übt wohl das „Gesundbeten“ aus, ein Aberglaube, der, wie einige neuere Prozesse erwiesen haben, auch bei einigen reichen Leuten in Berlin W eine starke Stütze findet. Zu den Pfingstleuten strömen nun die Lahmen, Blinden, Kranken aller Art, um sich in den Andachtsstunden gesund zu beten und beten zu lassen. Denn die Pfingstleute haben sogar schon Tote auferweckt! Wenigstens behaupten sie es. Es gelingt jedoch nicht

immer, trotzdem sie es an Lärm nicht fehlen lassen. Die sogenannten Andachtsstunden oder Gottesdienste sind ein fürchterliches Gemisch von ekstatischen Ausbrüchen, von Gesang, Musik und sinnlosen Lauten, die, wenn wir nicht irren, eine Begrüßung des heiligen Geistes darstellen sollen. Denn eben darum heißen sie Pfingstleute, weil der heilige Geist unter ihnen erscheint; darum nennen sie sich die „Geistgetauften“.

Man kann darüber lachen, natürlich. Belustigt oder ärgerlich, je nach dem Temperament. Man kann sich mit einem Achselzucken abwenden, kann sagen: „In dieser Welt ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum.“ Aber es kann einen doch auch bedenklich stimmen, wenn man immer wieder sehen muß, wie eine verhältnismäßig große Anzahl erwachsener Menschen dem ärgsten Aberglauben nachläuft und teilnimmt an Veranstaltungen, in denen schließlich jede menschliche Vernunft untergegangen zu sein scheint.

Und doch handelt es sich nicht um irre, sondern — im allgemeinen — um sonst geistig normale Menschen, die vielfach ihren Beschäftigungen nachgehen und ihren Unterhalt auf die übliche Weise erwerben. Alle Klassen der Bevölkerung stellen ihr Kontingent. Neben der hysterischen Gräfin und blasierten Baronin findet sich die solide Bürgersfrau und Mann und Mädchen aus dem Volke.

In den Großstädten, die doch für gewöhnlich als die Heimat der Intelligenz angesprochen werden, blüht der sektiererische Unfug am tollsten. Wer sich einmal mit den geistigen Unterströmungen in den großen Steinhäusern befaßt hat, weiß, daß sich sonst ganz intelligente Menschen von diesen und ähnlichen Strömungen mitreißen lassen in die unfruchtbare Wüste mystischer

Wahnideen, die ihnen irgend eine leere Stelle im Innern ausfüllen sollen.

Hier ist zweifellos die seelische Ursache der von dem Astronomen beklagten Tatsache zu suchen, wenn auch manche Menschen nur von dem Sensationsbedürfnis in die diversen Sekten getrieben werden. In der Hauptsache sind es leidende, schwache, ratlose Seelen, die hier einen Halt zu finden hoffen in den materiellen und ideellen Nöten des Lebens, indem sie sich in wilder Inbrunst übersinnlichen Dingen hingeben und so die Wirklichkeit zu vergessen suchen.

Darum ist der Lärm ein notwendiges Attribut der meisten Veranstaltungen. Denn es gilt, das normale Bewußtsein, die Vernunft zu betäuben, damit die Unvernunft schrankenlos walten und das Tun der Menschen bestimmen kann.

Es ist schwerlich ein Zufall, daß diese Art der Selbstbetäubung vornehmlich aus dem klassischen Lande des Großkapitalismus importiert wird, schwerlich ein Zufall, daß in diesem Lande das sozialistische Erkennen noch in den Kinderschuhen steckt.

Das rücksichtslose Walten des Kapitals verbraucht nicht nur die Leiber, es zermürbt auch die Seelen und schafft so in den weniger widerstandsfähigen Gemütern den Nährboden für jene angeblichen Heilslehren, die alle irdischen Nöte dadurch kurieren wollen, daß sie den Geist in eine mystische Narkose versetzen.

Es ist immer wieder dieselbe Geschichte: Rettung, Hoffnung, Lebensfreude sollen aus irgendwelchen übersinnlichen Sphären kommen. Irgendeine unsichtbare Kraft soll Leib und Seele emporheben zu einem lichteren Dasein.

Unnötig, zu sagen, daß die erhoffte Kraft zu einer weiteren Ursache der Schwäche wird — der Schwäche im Lebenskampf, welcher doch wahrlich mit Bewußtsein Sinnen ausgetragen wird.

Darum sind in Wahrheit jene sogenannten Pfingstleute und ähnliche Sekten die Kreuziger des Pfingstgeistes, den wir lebendig wirken sehen draußen in der Natur, den sich — wenn wir ihn bildlich übertragen wollen — die freie, zukunftsfrohe Arbeiterschaft zu eigen gemacht hat.

In voller Schöne, in fruchtverheißender Blüte steht die Natur und spendet schon ihre Erstlingsfrüchte. Es grünt und schimmert, es glänzt und blinkt, es lockt und singt in den Fluren, in Feld und Wald. Unzählige neue Leben sind am Reifen, am Banen, tummeln sich in froher Tätigkeit. Das große ewige Feuer spendet Licht und Wärme und triumphiert über den welken Tod, über die morsche, abgestorbene Vergangenheit. Sie heilt Siechtum und Krankheit, und sie nur erweckt das Tote, das Untergegangene, das in den Staub Gesunkene zu einem neuen, fröhlichen Dasein. Hier, in der Natur, in ihren Ewigkeitslehren läßt sich Trost finden und Hoffnung, Wahrheit und Kraft.

Denn hier ist die Quelle des Lebens. Allen Lebens.

Unsere Hoffnungen, unsere Wünsche, die wir als Klasse hegen, entspringen dem tätigen Pfingstgeiste, der zu Licht und Schöne, zum Blühen und zur Ernte treibt. Denn das unterscheidet das Aufstreben der kämpfenden Arbeiterschaft von allem Sektentum: daß es nicht in krankhaften Gelüsten nach unmöglichen Dingen schreit, sondern hellen Auges und fester Hand an einer schöneren Wirklichkeit baut!

Unsere gewerkschaftlichen Ideale, unsere sozialistische Gedankenwelt — sie sind natürlich und aus gesundem Boden erwachsen, aus dem Bewußtsein eines Wollens, das sich selbst vertraut und keinerlei Hilfe von wie immer gearteten übernatürlichen Dingen erwartet. Wir wissen: das Ueberlebte muß einmal absterben, wissen, daß das Neue werden wird. Darum ist unser Kampf kein krankhaftes, lichtscheues Tun, das sich auf irgendeine heimliche höhere Erleuchtung etwas zugute tut, sondern ein großes, offenes Wirken mit weiter, heller Perspektive.

Wäre die Arbeiterbewegung mit all ihren anregenden, hoffnungserweckenden Einflüssen nicht, die Bedrückten und Unterdrückten würden vielleicht in Masse ihre Zuflucht zu den Bettfälen der Sekten nehmen, in denen die Daseinsverachtung in ihren unerfreulichsten Formen gepflegt wird; denn einen Inhalt, und sei es auch nur ein scheinbarer, sucht auch der Ärmste seinem Leben zu geben. Nun aber werden die neuen Propheten bei uns an verschlossene Türen klopfen — sie, die eigentlich zu bemitleiden sind.

Denn die „Geistgetauften“ sind in Wahrheit von allem Geist verlassen, sind keine „Pfingstleute“.

Die wirklichen Pfingstleute suchen Vernunft und Willen zu erwecken, nicht zu betäuben; sie wollen die klare Erkenntnis nicht verdunkeln, sondern erhellen. Und sie werden ihr möglichstes tun, daß der im Anfang genannte Astronom mit seiner trüben Sentenz nicht recht behält. Unsere Parole muß lauten:

Los von allem, was Aberglaube, was dunkel, krankhaft und muffig ist!

Seid tätig und heiter!

Das ist der rechte Pfingstgeist.

Denkmäler der Schande.

Th. Berlin, 28. Mai.

Den sichersten Maßstab für den politischen Kulturstand eines Volkes bietet das Verhalten seiner Polizei. Je höher die politische Kultur in einem Lande gestiegen ist, desto weniger Klagen werden über seine Polizei laut. Je tiefer ein Land noch in mittelalterlichen Verhältnissen steckt, desto häufiger machen sich bei der Polizei Willkür, offene Gesetzesverletzungen, ja direkte Verbrechen bemerkbar. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist, lautet ein altes Wort. Erzähle mir, wie die Polizei deines Landes auftritt, und ich will dir sagen, wie weit dein Volk noch im politischen Morast alter Untertänigkeit steckt. Die Polizei ist tatsächlich der sicherste Kulturmaßstab.

Ein Gefühl tiefster Beschämung muß den Deutschen befallen, wenn er seine Polizei betrachtet. In Europa läßt sich nur noch die russische Polizei mit der deutschen vergleichen. Kein anderes Land duldet Polizeiverhältnisse, wie sie in Deutschland und im Zarenreiche alltäglich sind. Wie der Breslauer Handhacker nicht entdeckt worden ist, so sind auch die beiden Mörder des Moabiter Arbeiters Hermann noch nicht aufgefunden worden. Vorige Woche ist im Reichstage der Fall des russischen Studenten Dumbrowski zur Sprache gebracht worden, der sich in Berlin

erschossen hat, weil die Polizei der Wahrheit zuwider die amtliche Auskunft gab, er besitze die Geldmittel für seinen Aufenthalt nicht und sei politisch gefährlich, dürfe also nicht als Student eingetragen werden. Der Minister nahm wiederum, wie bei früheren ähnlichen Vorkommen, die Polizei in Schutz und erklärte ihr Auftreten für völlig korrekt. Nun ja, der Arbeiter Hermann ist ja auch nach Meinung des Ministers in durchaus korrekter Weise von den beiden befehlten Verbrechen massakriert worden. Was die Polizei tut, ist stets wohlgetan. In den seltenen Fällen, in denen zugestanden werden muß, daß die Polizei sich schwer gegen die Gesetze vergangen hat, wird ihr zugute gerechnet, daß ihr das Bewußtsein der Strafbarkeit ihres Verhaltens gefehlt habe. Dann ist die Rechnung wieder glatt.

Wie gegen polnisch, dänisch oder französisch sprechende deutsche Staatsbürger vorgegangen wird, berichten die Tageszeitungen so oft, daß ein Fall in der Unmasse der übrigen erstickt. Die skandalöse Polizeiwilfkür ist auf diesem Gebiete so allgemein und so häufig geworden, daß unser Gefühl bereits vollkommen abgestumpft worden ist. So kommt es, daß eine Reichstagsverhandlung schon wieder vergessen werden konnte, die vor mehreren Wochen Tatsachen enthüllte, welche für unglaublich gehalten werden müßten, wenn sie nicht Zug um Zug bewiesen worden wären. Es handelt sich um das polizeiliche Verhalten gegen Auswanderer, die vom Auslande kommen und über einen deutschen Hafen nach England oder Amerika reisen wollen. Zwei der Fälle sind so haarträubend, daß sie kurz mitgeteilt werden mögen. Da fährt nach Weihnachten ein Handlungsgehilfe von Wien nach London, wo er Stellung gefunden hat. In Rheine, der Grenzstation zwischen Deutschland und Holland, hält ihn der diensttuende Polizeibeamte an und fragt ihn, wohin er reise. „Nach London.“ Ob er denn schon eine Fahrkarte habe, fragt ihn der Polizist weiter. „Die kaufe ich mir in Rotterdam.“ Daraufhin nimmt der Polizist den Reisenden mit in ein Zimmer, läßt sich den Paß ausbändigen, steckt diesen sowie zwei Zeugnisse und eine Zuschrift des Kriegsministeriums ein und will auch die Barschaft von 210 Kronen (etwa M 178,50) konfiszieren. Als der Reisende sich das nicht gefallen ließ, stieß ihn der Polizist im Zimmer herum, hielt ihm mit dem bekannten Polizeigriff die Hände fest und sperrte ihn schließlich die Nacht über im Bahnhof ein. Die Beschwerde beim Minister hatte nur den Erfolg, daß der Handlungsgehilfe erfuhr, die Polizei habe den Agenten des Norddeutschen Lloyd beizustehen, die den Auswanderern Schiffsarten über Bremen nach London aufdrängen. Dem Fremden war der ganze Vorfall unsagbar, und er fragte seinen Peiniger, ob denn alle Reisenden so behandelt würden, wie er. „Ja, wenn Sie ein Engländer wären oder ein Amerikaner, dann wäre das nicht der Fall,“ lautete die Antwort. Da die Polizei den Wiener absolut nicht über die Grenze ließ, wenn er nicht eine Schiffskarte des Lloyd nahm und über Bremen fuhr, blieb dem Manne nichts weiter übrig, als ein Stück nach dem Innern Deutschlands zurückzufahren und dann seine Reise über Aachen und Brüssel zu nehmen, um von da aus Rotterdam zu erreichen. So geschahen vom 27. bis 29. Dezember 1910 im Rechtsstaate Preußen-Deutschland.

Der zweite Fall ist noch toller. Eine Woche später fuhr von Wien ein Brautpaar nach London zurück, wo der Mann in Stellung war. Sie waren vor Weihnachten von London nach Wien gereist, um dort die Mutter des Bräutigams zu besuchen. Am 2. Januar setzten sie sich in Wien gleich zwei Fahrscheine direkt nach Rotterdam, um von da nach London zu gelangen. Ueber Eger und Leipzig kamen sie nach langer Fahrt in Rheine an. Sie freuten sich, daß sie nun das weitaus längste Stück der Heimreise hinter sich hatten. Noch wenige Stunden, und sie waren in Rotterdam, und von dort brachte sie das Schiff nach weiteren sieben Stunden an die englische Küste. Doch mit des Geschickes Mächten . . . Als sie in Rheine den Zug verließen, um in den holländischen zu steigen, trat ihnen ein Polizeiwachmeister in den Weg und fragte sie nach dem Ziel der Reise. „Nach Rotterdam.“ Wie eine Woche früher der Wiener Handlungsgehilfe, so wird auch das Brautpaar nunmehr ins Telegraphenzimmer des Bahnhofes geführt, und hier wurden ihnen nicht nur die Papiere, sondern auch das Geld abgenommen. Mit Mühe und Not rettete der Bräutigam von seinen 200 Kronen ein Zehnkronenstück, so daß sie sich etwas zu essen kaufen konnten. „Sie haben keine Kontrollstation passiert,“ sagte der Wachmeister. Dann verbot er den beiden ganz fassungslos, den Bahnhof zu verlassen. Lange Stunden mußten sie hier hocken bleiben, bis am Spätnachmittag ein Polizist in Zivil erschien und mit ihnen bis Bingerbrück im Regierungsbezirk Koblenz zurückfuhr. Hier befindet sich nämlich eine der „Kontrollstationen“. Die andern sind in Leipzig und Ratibor. Die Fahrt von Rheine nach Bingerbrück dauerte zwölf Stunden und wurde natürlich mit dem Gelde bestritten, das dem Bräutigam in gesetzwidrigster Weise konfisziert worden

war. Auch die Fahrkarte des Polizisten in Zivil, der seine Schutzbefohlenen keinen Augenblick verließ, wurde aus diesem Fonds bezahlt.

In Bingerbrück mußte das Brautpaar bis 9 1/2 Uhr des nächsten Vormittags in der Parade für Auswanderer bleiben. Da stellten sich ein Gendarm, ein Arzt und der Schiffsagent des Norddeutschen Lloyd ein. Der Arzt untersuchte sie, obwohl sie nicht im geringsten krankheitsverdächtig waren und obwohl sie im Begriffe gestanden hatten, bei Rheine das Deutsche Reich zu verlassen. Der Gendarm bewachte sie, und der Agent erklärte ihnen, sie müßten unbedingt über Bremen oder Hamburg fahren und überdies als Garant, daß sie das auch wirklich tun wollten, M 200 als Kaution hinterlegen und sofort auch die Schiffskarte nach London bezahlen. Der Bräutigam war außer sich vor Entrüstung. Er erklärte, er werde sich unter keinen Umständen dem Verlangen fügen, außerdem habe er nicht einmal soviel Geld. Seine Weigerung hatte die Drohung zur Folge, dann würden sie zwangsweise an die österreichische Grenze zurückgebracht werden. Und diese unerhörte Gewalttat geschah wirklich. Von dem Gelde des Bräutigams wurden Fahrkarten von Bingerbrück nach Passau gelöst und auch noch eine Fahrkarte für den sie begleitenden Polizeibeamten. Der Spaß kostete M 77,40. In Passau händigte der Polizist dem Bräutigam den mageren Rest des übriggebliebenen Geldes aus. Nicht etwa in der konfiszierten Geldsorte, sondern in deutscher Münze, wobei der Polizist die Krone nur mit 80 statt 85 s berechnete. Das war wiederum ein Verlust von M 10.

Da die par Mark, die dem Bräutigam in Passau ausgehändigt wurden, nicht hinten reichten und nicht vorn, mußte er mit seiner Braut vollends zurückreisen nach Wien, hier Geld aufreiben und nun von neuem durch Deutschland über Rotterdam nach London zu gelangen suchen. Aber diesmal benutzte er nicht den billigeren Personenzug, sondern einen Schnellzug. Der wurde in Rheine nicht durchschnüffelt. So sind sie glücklich nach London gekommen. Der Mann hat den Fall gemeldet. In der österreichischen Delegation ist Lärm geschlagen worden. Die österreichische Regierung hat die Sache an die preußische Regierung weitergegeben. Hier ruft sie seit einem Vierteljahr. Sie soll, wie behauptet wird, an demselben Tage Regelung finden, an dem der Polizeipräsident v. Jagow die Witwe des von Polizisten ermordeten Arbeiters Hermann heiratet.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Arbeitsgelegenheit.
In Dortmund ist große Nachfrage nach Zimmerleuten. Zugang von Verbandsmitgliedern nach dort ist daher dringend erwünscht. Zureisende Mitglieder können sich in der Stehbierhalle des Gewerkschaftshauses, Ecke Lessing- und Leibnizstraße, melden.

Auch in Mex ist reichliche Arbeit vorhanden. Es können dort sofort 30 bis 40 Verbandsmitglieder untergebracht werden. Die Kameraden, die dort Arbeit nehmen wollen, können sich beim Zahlstellenvorsitzenden, Kameraden Schwarz, im Gewerkschaftshaus, Karlstr. 4, melden.

Beitragsleistung.
Wir teilen hierdurch den Zahlstellen- und Bezirkskassierern wie den Mitgliedern mit, daß am Sonnabend, 8. Juni, die 14. Beitragsmarke für dieses Jahr geklebt sein muß.
Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.
Folgende Zahlstellen sandten bis zur Drucklegung dieses Blattes (30. Mai) trotz schriftlicher Ermahnung bisher eine Abrechnung über das erste Quartal nicht ein: Arnswalde, Biesenthal, Bullenhausen, Cronsförde, Darmstadt, Deckenbach, Driesen, Erfter, Frankfurt a. M. (letzte Zahlstelle wurde wiederholt aufgefordert), Greifenberg i. Schl., Greiz, Großenhain i. S., Hettstedt, Kaiserlautern, Kirchheim u. Teck, Kronach, Lahn, Lörrach, Mühlberg a. d. E., Neumarkt, Norderney, Dels i. Schl., Penzig, Swinemünde, Schweningen, Schwiebus, Sternberg i. M., Talsingen, Tutlingen, Unna, Wusterhausen, Zäckerid und Zellin.
Obige Zahlstellen werden hiermit nochmals dringend ersucht, umgehend das bisher Vernachlässigte nachzuholen, da andernfalls auf Kosten derselben weitere Maßnahmen getroffen werden müssen.
Des weiteren muß nochmals darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei Ueberweisungen jedweder Geldsendungen an die Hauptkasse nur unsere Zahlkarten zu benutzen sind.

Arbeitslosenunterstützungen

wurden im April 1911 nach den bei der Hauptkasse des verfloffenen Monats eingegangenen Quittungen folgende herausgibt:

Table with 4 columns: Amount, Unit, Count, Total. Rows include 488 Tage à 75 M., 1629 à 100, 1189 à 125, 1778 à 150, 5714 à 175.

Summa 10798 Tage..... M. 16147,75

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Brunsbüttel und St. Margarethen, Crawlwinkel, Grünstadt i. d. Rheinpfalz, Osnabrück, Salzdetfurth b. Hildesheim, Soltan (Land), Treptow a. d. T. und Völklingen.

Gesperret ist in Bahn das Geschäft von Pagel, in Bielefeld das Geschäft von Gustav Esbar, Senne I, in Bitterfeld das Geschäft von Franz Hammer, in Crefeld das Geschäft von W. Rings, in Dortmund der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Düsseldorf die Geschäfte von Ufer, Grumbach und von A. Jensen, in Friedberg die Geschäfte von Jean und Wilh. Füller, in Groß-Auheim das Geschäft von A. Lober, in Ilmenau das Geschäft von Glaser, in Lahn i. Schl. das Geschäft von Dittmann, in München-Glabbach das Geschäft von Strater, in Oberhausen die Geschäfte von Stephan und Gebr. Gatterdam, in Oldenburg der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Petersdorf i. Riesengebirge das Geschäft von Erner, in Pölsitz das Geschäft von Pape, in Sprendlingen das Geschäft von Erdmann, in Strasburg i. d. N. das Geschäft von G. Repschläger, in Tangermünde die Geschäfte von W. Pesselt und Brünsecke & Co., in Ulm das Geschäft von Buchheim & Heister, in Velbert das Geschäft von Krieger, in Warmbrunn das Geschäft von Anforge, in Weitensee (Braunsb.) b. Kiel das Geschäft von Mohr, in Wilhelmshad b. Hanau die Firma Dboriko und in Zehdenick das Geschäft von R. König.

Oesterreich.

Gesperret sind Königsberg und Königswald.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Rizsekely und Brassó.

Schweiz.

Zugung ist streng fernzuhalten von den Plätzen Zöllig in Arbon und Zürich.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.*

XI.

180.

Der Antrag des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die Abteilung Barmen des Schutzverbandes der bergischen baugewerblichen Betriebe anzuweisen, den Einspruch gegen die Entscheidung des Einigungsamtes in Sachen Kirst und Salmkeit gegen Dehler zurückzuziehen und dem Verfahren vor dem Gewerbegericht freien Lauf zu lassen, wird abgewiesen.

Gründe.

Das Einigungsamt für das Baugewerbe im bergischen Bezirke hat in seiner Sitzung vom 1. Dezember 1910 dahin entschieden, daß die Maurer Kirst und Salmkeit von dem Unternehmer Gustav Dehler in Elberfeld zu Unrecht entlassen und gemahregelt seien. Den weiteren Anspruch der Kläger auf Zahlung einer Entschädigung hat das Einigungsamt aber wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Die Abteilung Barmen-Elberfeld des genannten Schutzverbandes sandte darauf unter dem 15. Februar 1911 folgendes Schreiben an den Zweigverein Barmen des Deutschen Bauarbeiterverbandes:

„Wir machen Ihnen die ergebene Mitteilung, daß wir uns mit dem Schiedsgericht des Einigungsamtes Barmen vom 30. Dezember, welcher in der Entlassung der Maurer Kirst und Salmkeit eine Maßregelung erblickt, nicht einverstanden erklären können.

Wir haben deshalb unser Mitglied Herrn Dehler-Elberfeld angewiesen, irgendwelche aus diesem Schiedsgericht sich ergebende Forderungen der Kläger nicht zu respektieren. Es dürfte daher Ihrerseits der Anrufung des Zentralschiedsgerichts in Berlin nichts im Wege stehen.“

Kirst und Salmkeit haben darauf gegen Dehler Klage beim Gewerbegericht erhoben. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat nun in seinem Schreiben an dato Hamburg, den 6. März 1911, behauptet, der Schutzverband der bergischen baugewerblichen Betriebe suche die Sache zu hintertreiben; dem Vorstand sei die Mitteilung geworden, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Elberfeld auf Verlangen des Arbeitgeberverbandes den von Kirst und Salmkeit anhängig gemachten Prozeß eingestellt habe bis zur Entscheidung des Zentralschiedsgerichts. Die Entscheidung des Gewerbegerichtsvorsitzenden könne sich auf keine Gesetzesparagrafen stützen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts hätte sich bei dem Vorsitzenden des Ein-

* Vergl. „Zimmerer“ Nr. 8 Seite 85, Nr. 9 Seite 97, Nr. 11 Seite 120, Nr. 12 Seite 136, Nr. 13 Seite 151, Nr. 16 Seite 200, Nr. 17 Seite 212, Nr. 18 Seite 223, Nr. 19 Seite 232 und Nr. 21 Seite 252.

igungsamtes darüber orientieren können, daß kein anfechtbares Urteil des Einigungsamtes vorliege. Mit dieser Begründung hat der Bauarbeiterverband den aus dem Tenor ersichtlichen Antrag an das Zentralschiedsgericht gestellt.

Es kann zunächst nicht geprüft werden, ob die Angaben des Bauarbeiterverbandes den Tatsachen entsprechen, da die in der Geschäftsordnung des Zentralschiedsgerichts festgesetzte Einlassungsfrist nicht gewahrt ist und Gegenklärungen nicht vorliegen. Der Antrag war aber auch unter der Voraussetzung, daß die Ausführungen den Tatsachen entsprechen, aus formellen Gründen abzuweisen.

Eine Berufung gegen das Urteil des Einigungsamtes in Barmen liegt nicht vor. Die Frist zur Einlegung einer solchen Berufung wäre auch abgelaufen, also wäre die Entscheidung des Einigungsamtes eine rechtskräftige Entscheidung eines Schiedsgerichts. Ein Zuwiderhandeln dagegen war ein Tarifvertragsbruch des Schutzverbandes der bergischen baugewerblichen Betriebe. Ob ein solches Zuwiderhandeln vorliegt, kann aber aus dem oben angeführten Grunde nicht geprüft werden. Ebensovornig kann von hier aus geprüft werden, ob den Maurern Kirst und Salmkeit Geldansprüche aus der Entscheidung des Einigungsamtes zufließen; denn diese Frage ist von dem Gewerbegericht zu entscheiden, wie auch das Einigungsamt in Barmen in seiner in dieser Beziehung nicht angefochtenen Entscheidung festgestellt hat. In dieser Beziehung hätte der Arbeiterverband Berufung einlegen müssen. Aus welchen Gründen der Arbeitgeberschutzverband annimmt, daß den Arbeitern Forderungen aus dem Schiedsgericht nicht zuzuführen, entzieht sich der Prüfung durch das Zentralschiedsgericht. Die Beantwortung dieser Frage hängt jedenfalls zunächst von der Vorfrage ab, ob den Maurern ein Anspruch zusteht. Dieser Rechtsstreit schwebt nach dem Vortrage der Antragsteller vor dem Gewerbegericht. Sollte sich herausstellen, daß der Arbeitgeberverband sein Mitglied veranlaßt hätte, eine berechtigte Forderung der Maurer abzuweisen, so würde allerdings ein Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes vorliegen. Die Frage eines Vertragsbruches des Arbeitgeberverbandes wäre aber nicht von vornherein durch das Zentralschiedsgericht, sondern zunächst von den örtlichen Instanzen zu prüfen, welche dabei das etwa ergehende Urteil des Gewerbegerichts beruhen werden, ohne daß sie unbedingt an die Feststellungen deselben gebunden wären.

Ein Einspruch des Schutzverbandes gegen die Entscheidung des örtlichen Schiedsgerichts liegt, wie der Antragsteller selbst vorträgt, gar nicht vor. Der Vorwurf gegen den Schutzverband beruhe im Gegenteil gerade darauf, daß er gegen die Entscheidung des örtlichen Schiedsgerichts verstoße, ohne sie angefochten zu haben. Die Anfechtung wäre, wenn die Frist nicht verstrichen wäre, nur beim Zentralschiedsgericht zulässig. Einer Bestätigung der Vorinstanz bedarf es nicht. Eine solche Bestätigung würde die Bedeutung und Rechtsgültigkeit der Vorentscheidung in keiner Weise erhöhen. Aus diesem Grunde war der erste Teil des Antrages abzulehnen.

Der zweite Teil des Antrages geht dahin, den Schutzverband zu veranlassen, dem Verfahren vor dem Gewerbegericht freien Lauf zu lassen. Abgesehen davon, daß auch die für Begründung dieses Antrages vorgebrachten Tatsachen wegen Nichtinhaltung der Einlassungsfrist nicht nachgeprüft werden können, war auch dieser Antrag, selbst wenn man diese Tatsache als richtig unterstellt, zurückzuweisen. Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Freiheit der Rechtsprechung ist durch das Gerichtsverfassungsgesetz § 1 gewährleistet. Durch § 336 des Strafgesetzbuches ist die Rechtsbeugung zugunsten einer Partei unter schwere Strafe gestellt. Sollte der Schutzverband irgendetwie in den Prozeß des Gewerbegerichtes eingegriffen haben, so ist es selbstverständlich, daß das Gewerbegericht von einem derartigen unter allen Umständen ganz ungehörigen und jedes Gericht schwer kränkelnden Eingriff in seine Entschlüsse ganz unberührt geblieben ist. Andernfalls hätte nicht das Zentralschiedsgericht, sondern die dem Gewerbegericht vorgesetzte Dienstaufsichtsinanz auf Beschwerde zu entscheiden.

Nach § 148 der Zivilprozessordnung in Verbindung mit § 26 des Gewerbegerichtsgesetzes kann das Gericht, wenn die Entscheidung des Rechtsstreites ganz oder zum Teil von dem Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses abhängt, welches den Gegenstand eines andern Rechtsstreites bildet, anordnen, daß die Verhandlung bis zur Erledigung des andern Rechtsstreites ausgesetzt sei. Das gilt auch von einem schiedsgerichtlichen Verfahren. Da nun über die Frage der Entlassung ein schiedsgerichtliches Verfahren vor dem Einigungsamt in Barmen anhängig gemacht war, welches durch den jetzigen Antrag vor das Zentralschiedsgericht gebracht worden ist und also noch schwebt, und da diese Frage auch für den gewerbegerichtlichen Prozeß ungewisselhaft erheblich ist, so ist nicht ersichtlich, inwiefern das Gewerbegericht gegen Rechtsvorschriften verstoßen haben sollte. Im übrigen ist gegen den Beschluß des Gewerbegerichtes die Beschwerde beim Landgericht auf Grund von § 252 der Zivilprozessordnung zulässig.

Berlin, den 14. März 1911.

Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.

184.

Die Streitfrage wegen Abschluß eines Affordtarifs für Putzarbeiten in Hannover wird an die örtlichen Organisationen verwiesen.

Gründe.

Im Ortsvertrage von 1908 war zwischen den Arbeitgeberverbänden Hannover-Linden und den örtlichen Organisationen der Zentralverbände der Arbeiter ein Affordtarif für Putzarbeiten, Steinetragen, Kalktragen, Mörteltransport und Lehmschlag vorgesehen. Bei den Vertragsverhandlungen 1910 haben die örtlichen Arbeiterorganisationen erstens eine Erhöhung der Affordpreise gefordert, weil sie bei den geltenden Sätzen vielfach keinen Verdienst gehabt hätten, und zweitens eine Sicherstellung gegen Verluste bei Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers. Die Arbeitgeberverbände sind in beiden Punkten entgegengekommen, aber nach Ansicht der Arbeiterorganisationen nicht ausreichend. Diese haben

nun einseitig einen Affordtarif aufgestellt und suchen ihn bei einzelnen Arbeitgebern zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeitgeberverbände haben dagegen die zweite Instanz angerufen. Die Arbeiterorganisationen haben sich geweigert, vor ihr zu erscheinen. Die Arbeitgeberverbände haben sich darauf an das Zentralschiedsgericht gewendet.

Nach der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 172 ist die Festsetzung eines Affordtarifs Sache der Vereinbarung zwischen den örtlichen Organisationen. Aber auch wenn man von der Frage der Zuständigkeit absehen wollte, wäre das Zentralschiedsgericht nicht in der Lage, zu prüfen, ob und welche Sätze nach den örtlichen Verhältnissen für Hannover angemessen sind. Die Sache mußte daher an die örtlichen Organisationen verwiesen werden.

Berlin, den 14. März 1911.

Das Zentralschiedsgericht.

Blasstreik in Ilmenau. Bei der Firma Glaser in Ilmenau haben unsere Kameraden am 22. Mai die Arbeit niedergelegt. Sie hatten am 14. Mai eine Lohnforderung eingereicht und bis zum 20. Mai Rückantwort erbeten. Eine solche erfolgte aber nicht, vielmehr wurde die Behandlung der Kameraden durch den Geschäftsführer mit jedem Tage schlechter, so daß die Arbeitseinstellung nahezu zur Notwendigkeit wurde. Anscheinend stehen Verhandlungen bevor.

Ueber die Bewegung in Meß wird uns geschrieben: Seit dem 9. Mai befinden wir uns in einem hartnäckigen Streik. Dieser ist zurückzuführen auf die vorjährige Ausperrung im Baugewerbe. Vor jener Ausperrung stand hier der Durchschnittslohn auf 63 M., während er heute 68 und 70 M. beträgt. Daher wurde der Schiedspruch nicht anerkannt. Der Arbeitgeberbund in Meß stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß wir den Schiedspruch anerkennen, uns also eine Lohnherabsetzung gefallen lassen sollten. Seine Mitglieder ließen nicht einmal die Lohnerhöhung von 61 auf 63 M. am 1. April eintreten. Wir sind daher gezwungen worden, von neuem für unsere Rechte zu kämpfen. Der Kampf dauerte drei Wochen, dann kam es mit den Unternehmern zu Verhandlungen. Wir haben uns dahin geeinigt, daß der Stundenlohn bei Wiederaufnahme der Arbeit allermächtig auf 63 M. steigt, ab 1. September 1911 auf 64 M., ab 1. Januar 1912 auf 65 M. und über die weitere Erhöhung auf 66 M. ab 1. Mai 1912 soll der Bürgermeister von Meß als Schiedsrichter angerufen werden und endgültig entscheiden. Unsere am 26. Mai, abends 9 Uhr, stattgefundene Mitgliederversammlung hat beschlossen, die Vorschläge anzunehmen und den Streik aufzuheben. Die Arbeit wird Montag, den 29. Mai, wieder aufgenommen. Wir verweisen hier noch auf die Streikbrecheragentur des Zimmermeisters Schandelmeyer in Tutschfelden bei Freiburg in Baden. Dieser Herr hat schon im vorigen Jahre seine Leute nach Meß geschickt. So sollte es auch in diesem Jahre wieder sein. Wir haben es der Wachsamkeit unserer Freiburger Kameraden zu verdanken, daß dies verhindert ist.

Lohnbewegung in Emmendingen (Zahlstelle Freiburg). Unsere Kameraden in Emmendingen stehen schon seit einigen Wochen in der Lohnbewegung. Zweimal haben bereits Verhandlungen stattgefunden, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden wäre. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 42 M. auf 48 M.

Lohnbewegungen im Gau 10 (Schleswig-Holstein usw.). In Kalltenkirchen (Bezirk von Bramstedt) haben nach einigen kurzfristigen Arbeitseinstellungen die Unternehmer Hartmann in Hartenholm, Sarau in Schmalfeld, Schlüter in Risdorf, Hauvis in Kattendorf und Böttcher in Winsen die eingereichten Verträge unterschriftlich anerkannt. Die übrigen Unternehmer in Kalltenkirchen werden sich im Laufe der nächsten Tage erklären müssen. In Bordesdahl (Bezirk von Kiel) sind den Unternehmern Forderungen unterbreitet worden. Der Lohn soll von 58 auf 59 M. die Stunde erhöht werden. Ihre Versprechungen, den gleichen Lohn wie in Nennmünster zu zahlen, haben die Unternehmer bis jetzt unbeachtet gelassen. Deshalb diese Erinnerung. In Brandsb., einem Bezirk von Kiel, dem die Orte Achterwehr, Kronsburg, Bosenau, Melzdorf und Westensee zugehören, ist bei dem Unternehmer Mohr in Westensee die Arbeit eingestellt. Verlangt wird ein Stundenlohn von 60 M. Der Unternehmer war anfangs bereit, 55 M. zu zahlen, also 5 M. zuzulegen. Auf Anweisung des Vorsitzenden Prinz in Achterwehr ist dies Angebot aber zurückgezogen. Zu bemerken ist hierbei, daß allem Anschein nach die Unternehmer bei dieser Arbeitseinstellung von einem Vertragsbruch reden werden. Wohl ist in diesen Gebietsstellen ein Vertrag vorhanden, den haben nur einzelne Anorganisierte mit den Unternehmern vereinbart. In Osnabrück haben die Unternehmer Sellmeier & Biel, Tiemann, Ruhlmann, Wahlbrink, Niehemann, Otto Thor, Buttke, Jmeier die aufgestellten Forderungen unterschriftlich anerkannt. Gesperret sind die Firmen Zimmermann und Runge.

Beigelegte Differenzen in Barmen-Elberfeld. Die Differenzen am Tiedrichen Warenhausneubau sind beigelegt. Eine Verhandlung mit der Bauleitung führte zu nachstehendem Ergebnis: 1. Der Zimmerer Sedat wird wieder eingestellt. 2. Die Behandlung der Arbeiter soll eine anständige sein und die Poliere sollen angewiesen werden, dementsprechend zu handeln. 3. Die Einschaler, die bisher 7 M. weniger als die Zimmerer erhielten, erhalten denselben Lohn wie die Zimmerer. 4. Für Ueberstunden wird der vertraglich festgesetzte Zuschlag von 15 M. pro Stunde bezahlt. 5. Liegen Beschwerden seitens der Zimmerer vor, so hat sich der Vorsitzende zur Befestigung an die Bauleitung zu wenden. Bei Beschwerden über Zimmerer hat die Bauleitung sich an den Vorsitzenden der Zahlstelle zu wenden. — Am 16. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Abschluß der Lohnbewegung in Neuß (Bezirk der Zahlstelle Düsseldorf). Nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen der Zimmermeistervereinigung und der Leitung der Bezirkszahlstelle Neuß ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Seit dem Jahre 1907 bestand für dieses Gebiet kein Vertrag mehr. Im Jahre 1908 haben die Zimmerer durch einen dreizehnwöchigen recht erbitterten Lohnkampf versucht, den Lohn von 55 auf 60 M. für die Stunde zu er-

höhen, mußten aber mit Rücksicht auf die damalige allgemeine wirtschaftliche Depression und infolge sonstiger für die Bewegung unglücklicher Begleiterscheinungen die Arbeit bedingungslos aufnehmen. Anstatt nach dieser Bewegung die Kräfte von neuem zu sammeln, ließen die Mitglieder auseinander, und erst durch unermüdliche Mitarbeit der Düsseldorf-Jahresleitung gelang es im Vorjahre, die Organisation derart zu festigen, daß wieder an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht werden konnte. Hinzu kommt, daß bereits seit dem vorigen Jahre eine äußerst rege Bautätigkeit einsetzte. Der Lohn ist durch den Vertragsabschluss sofort von 55 auf 58 $\frac{1}{2}$ erhöht worden, steigt am 1. Juni d. J. auf 60 $\frac{1}{2}$ und am 1. April 1912 auf 62 $\frac{1}{2}$. Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sowie für Arbeiten auf einer auswärtigen Arbeitsstelle ist der allgemein übliche Zuschlag festgesetzt worden. Zur Schlichtung von Differenzen ist eine Schlichtungskommission vorgeschrieben, und sofern diese keine Einigung erzielen kann, soll das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Neuß entscheiden. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 31. März 1913. — An den Neusser Zimmerern wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß die vertraglichen Bestimmungen auf allen Plätzen strikte eingehalten werden und daß die Organisation am Schluß der Vertragsdauer derartig ausgebaut ist, daß zu dem in diesem Jahre erzielten Erfolge neue hinzukommen. Es darf jetzt nicht auf den errungenen Vorbeeren ausgerastet werden, sondern jedes Mitglied muß unablässig agitieren, bis auch der letzte indifferente Zimmerer sich dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands angeschlossen hat.

Vereinbarungen in Arnstadt. Für das Zimmergewerbe in Arnstadt ist ein Vertrag vereinbart worden für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis 31. März 1912. Wird er nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, so gilt er auf ein weiteres Jahr. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, der Lohn 48 $\frac{1}{2}$. Für Jungesellen kann in den ersten beiden Jahren nach beendeter Lehrzeit ein geringerer Lohn vereinbart werden, der aber nicht unter 38 $\frac{1}{2}$ betragen darf. Für Ueberstunden und Nachtarbeit sind entsprechende Zuschläge vorgegeben.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Coburg vom 27. April bis 13. Mai 1911.

Einnahme.	
Aus der Zentralkasse	M. 2087,90
Ertragsbeiträge der Mitglieder	" 85,—
Sonstige Einnahmen	" 60,19
Summa	M. 2133,09
Ausgabe.	
An Unterstützungen	M. 1910,20
Reiseunterstützungen	" 90,70
Für Fortschaffung Zugereister	" —,80
" Fernhaltung des Zugzuges	" 7,40
" Flugblätter und Annoncen	" 5,10
Büro und Schreibmaterial	" 10,89
Sonstiges	" 108,—
Summa	M. 2133,09

Die Richtigkeit beglaubigen:
Alwin Böhner, Berth. Lindner, Aug. Frank.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. In einer am 22. Mai im „Wittelsbacher Hof“ stattgefundenen sehr gut besuchten Zimmererverversammlung referierte Kamerad Kemmer-München über die Mißstände auf den Bauten in Augsburg, soweit sie durch die in der Zeit vom 2. bis 6. Mai abgehaltenen Bezirksversammlungen zur Kenntnis gelangten. Der Referent führte aus, daß durch die Bereitwilligkeit der Bauarbeiter das Ueberstundenwesen wieder Platz greift, namentlich auf den großen Bauten bei Arbeiten in Eisenbeton. Er wies auf § 3 des Tarifvertrags im Baugewerbe hin, welcher Ueberstunden nur in den dringendsten Fällen zuläßt und betonte, daß durch das Ueberstundenwesen und die Affordarkeit die Arbeiterschaft Schaden nehmen muß. Hauptächlich wies Redner auf die Einschaltungsarbeiten hin, welche hier noch zum größten Teile von Maurern und ungelerten Arbeitern ausgeführt werden. Laut Beschluß der 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands ist diese Arbeit als Zimmermannsarbeit festgelegt worden. In der darauffolgenden Diskussion wandten sich sämtliche Redner scharf gegen das Ueberstundenwesen, durch welches auch die Zimmerer in Mitleidenschaft gezogen werden und protestierten ebenso scharf gegen den immer mehr einbreitenden Brauch, daß Einschaltungsarbeiten nicht von Zimmerern, sondern von Maurern und Bauhilfsarbeitern hergestellt werden. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: „Die heute am 15. Mai tagende öffentliche Zimmererverversammlung hat durch das Referat und die Diskussion Kenntnis genommen von den auf den Augsburger Neubauten herrschenden Mißständen. Die Versammlung beurteilt das in letzter Zeit auf den Bauten eingeriffene Ueberstundenwesen auf das schärfste und erwartet auch vom Deutschen Bauarbeiterverband, daß er seinen Einfluß dahin geltend macht, daß Ueberstunden nur in den im Tarifvertrag vorgesehenen außerordentlichen Fällen gestattet werden. Des weiteren erklärt die Versammlung die Betonenschaltungsarbeiten als Zimmerarbeit und fordert, daß Maurer und Bauhilfsarbeiter die Ausführung dieser Arbeiten den Zimmerern überlassen. Von den Zimmerern erwartet die heutige Versammlung, daß sie gemäß dem Beschlusse der 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands mit allem Nachdruck die Betonenschaltungsarbeit als Zimmerarbeit reklamieren und ausführen.“

Wittenwerder. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 17. Mai referierte Kamerad Engelhardt über die Beschlüsse der 19. Generalversammlung. Er entwarf ein anschauliches Bild von der Situation und den uns bevorstehenden Ereignissen, daran auch die Notwendigkeit der gefassten Beschlüsse nachweisend. Dem Redner wurde teilweise Beifall gezollt. In der Debatte vertzogen einzelne Kameraden einen gegenteiligen Stand-

punkt. Ihre Ausführungen offenbarten nachstehenden Egoismus, ließen jegliche Solidarität vermessen und zeugten von völliger Einfichtlosigkeit. Ihnen wurde in sachlicher Weise entgegengetreten; doch wollten sie sich nicht überzeugen lassen, daß die Generalversammlung nicht anders hätte handeln können, wie geschehen. Die Folge war, daß vier Kameraden, Hartwig, Schulze, Josef Rode und Hoffmann wegen Schulden gestrichen wurden, weshalb sie den Entschluß faßten, einen Lokalverein zu gründen. Aus der Gründung wurde aber nichts; denn die Verbandskameraden waren zu sehr auf der Hut.

— Zum 21. Mai wurde abermals eine Mitgliederversammlung einberufen, die die nötigen Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Agitation beschloß, damit die Zersplitterungsbestrebungen im Keime erstickt werden. Ein Antrag auf Einführung der Hauszifferierung wurde unter Beifall der Versammlung angenommen. Zu diesem Posten stellte sich ein Kamerad freiwillig. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige anfeuernde Worte an die Anwesenden. Besonders die jüngeren Kameraden spornete er an, rühriger für die Agitation tätig zu sein. Jeder einzelne Kamerad müsse ein Kämpfer sein für unsern Verband, dann werde es auch gelingen, die augenblicklich uns entgegenstehenden Hemmnisse zu überwinden. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

Bremen und Umgegend. Am 25. Mai fand unsere regelmäßige Zahlstellenversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Geschäfts- und Rassenbericht; statistische Erhebung am 15. Juli; Anträge aus den Bezirken und Verschiedenes. Steffen führte aus, daß die Generalversammlung sowie das neue Abrechnungssystem die Zahlstellenversammlung bis jetzt verzögerte, und schließlich alles vorliegende Material mit dem ersten Quartal ab. Die Bautätigkeit, welche im Winter eine ziemlich gute war, wurde im Frühjahr ungünstiger. So war sie in Oberneuland, Vegesack, Söte und Scheeßel gut, in Brinkum, Achim und Willichal sehr schlecht. Verglichen mit dem Vorjahre waren im ersten Quartal 1910 7017 arbeitslose Tage, 4489 Unterstützungstage; 1911 3973 arbeitslose Tage, 2578 Unterstützungstage. 1910 wurden in der Zeit M. 9206,50, 1911 M. 3932,25 Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Abgenommene Bauten im Januar, Februar und März: 1910 204, 1911 156; im April 1910 145, 1911 74. Bauanträge wurden in denselben Zeiträumen erteilt: 161, 129, 79, 83. Danach war die Bautätigkeit keine besonders gute, und allem Anscheine nach wird sie sich auch in der nächsten Zukunft nicht heben. Die Sperre des Arbeitsnachweises zwingt die Unternehmer dazu, die Zimmerer aus unserm Bureau zu holen, aber es kommt vor, daß dann von den Umwohnenden schon welche eingestellt sind. Ob sich das einmal ändern läßt, ist eine Frage der Zukunft. Die Mitgliederzahl sank von 899 im vierten Quartal 1910 auf 896 im ersten Quartal 1911, was darauf zurückzuführen ist, daß wir mehreren Mitgliedern die Tür der Organisation weisen mußten. Auch mußten welche auscheiden, weil die Ertragsbeiträge für 1910 nicht bezahlt waren und ihnen kein neues Buch ausgestellt wurde, so daß sie schließlich wegen Schulden gestrichen werden mußten. Die Lohnbewegung in Sulingen war erfolgreich; sie endete mit einer Lohnerhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. In Söte ist die Forderung eingereicht und erstreckt sich, wie auch in Sulingen, über eine ganze Reihe von Orten. Die Sperre bei Holzmänn in Ritterhude wurde durch die Festsetzung eines Lohnes von 68 $\frac{1}{2}$ für alle Arbeiten erledigt. Die Verträge sind jetzt alle genehmigt. Eigentümlich berührt es aber, daß ein Bezirksführer ohne Kenntnis des Vorstandes den Vertrag unterschrieb, wodurch mehrere Positionen, worauf dringend bestanden werden mußte, nicht hineinkamen. Oberneuland ist seit dem 1. April 1911 ins Bremer Lohngebiet einbezogen. Mehrere kleine Differenzen wurden erledigt. Im Betongewerbe nehmen die Differenzen kein Ende, deren Hauptursache wohl in der Arbeitszeit zu suchen ist. Es soll versucht werden, das Betongewerbe zu organisieren, und zwar Zimmerer und Einschaler im Zentralverband und die übrigen im Bauarbeiterverband. Eine Regelung der Verhältnisse für das Betongewerbe soll versucht werden und findet deshalb am 30. Mai eine Versammlung für Zimmerer und Einschaler über Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betongewerbe statt. In den Bezirken fanden 34 Versammlungen, davon 3 in Bremen, 14 Vorstandsitzungen, 9 Kartellsitzungen, davon 3 in den Außenbezirken, 2 Zahlstellenversammlungen, 1 Kassierer-Konferenz, insgesamt 60. Die Korrespondenz betrug 475 Ausgänge. Der Fall Scheffer ist von zwei Instanzen erledigt, aber auch die heutige Versammlung muß sich mit ihm beschäftigen, da der Bezirk Bremen seinen Ausschluß beantragt. In der Abrechnung sind die lokalen Ausgaben spezialisiert und zeigen diese, daß die meisten ländlichen Bezirke ihre Ausgaben nicht decken, sondern durch den Ueberbeschuß Bremens gehalten werden müssen. Die Diskussion hatte an dem Geschäftsbericht nichts von Belang auszuheben und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach Einführung der neuen Marken ist folgendes System bei der Entschädigung der Kassierer in Anwendung zu bringen:

Prozentfuß	2. Klasse 65/15	3. Klasse 80/20	4. Klasse 90/25	5. Klasse 100/35
5 %	3 $\frac{1}{2}$	3,75 $\frac{1}{2}$	4,25 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$
6 %	3,60 "	4,50 "	5,10 "	6 "
7 %	4,20 "	5,25 "	5,95 "	7 "
8 %	4,80 "	6 "	6,50 "	8 "
9 %	5,40 "	6,75 "	7,65 "	9 "
10 %	6 "	7,50 "	8,50 "	10 "

Die Verteilung der Prozente bleibt den einzelnen Bezirken überlassen, muß aber so erfolgen, daß die Kassierer nicht zu kurz kommen. Für die Anschaffung einer Schreibmaschine wurden M. 500 bewilligt. Ein Antrag, die Zahlstellenversammlung möge beschließen, den Ausschluß Scheffers beim Zentralvorstand zu beantragen, wurde genügend unterstützt und gegen zwei Stimmen angenommen. Ueber die statistische Erhebung am 15. Juli führte Steffen aus, daß eine Kommission der Stadtbezirke die Arbeit bereits in die Hand genommen habe, in den ländlichen Bezirken werde sie aber von den Bezirksführern erledigt

werden müssen. Auf je zehn Mitglieder ein Zähler werde genügen, die Erhebung glatt durchzuführen. Die Beitragsbefreiung der Arbeitslosen wird von Zimmermann bei den erhöhten Beiträgen als notwendig bezeichnet; treten man aber an diese Frage heran, so muß auch die Deckungsfrage gestellt werden, da der Lokalkasse eine solche Ausgabe nicht zugemutet werden könne. Ein Winterbeitrag für alle in Arbeit Stehenden in Form der vom Vorstande ausgearbeiteten Vorlage ist geeignet, die Beitragsbefreiung durchzuführen. Mit einer Ausnahme sprechen sich alle Redner für die Vorlage des Vorstandes aus. Die Frage wird an die Bezirke verwiesen, damit sie dort geklärt und die nächste Zahlstellenversammlung Stellung dazu nehmen kann. Die nächste Zahlstellenversammlung findet am 23. Juli statt. Die Diskussionsfrage ergab, daß ein Verbandsbuch und zwei Parteibücher fehlten. Hierauf erfolgte Schluß der Zahlstellenversammlung. Entschuldigt fehlte C. Janitz-Bremen; unentschuldig fehlten Hollmann-Habenhäusen, Wessels-Huchting, Herrmann-Horn, Popmann-Hemelungen, Ruchmeier-Scharmbed und Emig-Holm-Achim. Aus den Bezirken Scharmbed und Achim fehlten die Delegierten schon zweimal hintereinander.

Anmerkung des Schriftführers: Auf der Mitgliederversammlung am 17. Mai wurde das Verhalten der Zimmerer von Rodiet auf Helgoland scharf kritisiert. Es wurde ausgeführt, daß der übliche Lohnsatz nicht gezahlt und die Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Die Kameraden sollten es sich zur Aufgabe machen, das hochzuhalten, was die Organisation unter schweren Kämpfen errungen hat.

Triebrichshagen. Am 16. Mai tagte eine Mitgliederversammlung, die im ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag des Kameraden Knüpfer entgegennahm über: „Die Agitation für unsern Zentralverband und die Beschlüsse der 19. Generalversammlung zu Leipzig“. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kameraden G. Stiller. Kamerad Knüpfer legte in seinem Vortrage noch einmal in ausführlicher Weise die Absichten der Unternehmer dar, die schon bei der hundertjährigen Ausdauer hätten verwirklicht werden sollen, was aber durch die baugewerblichen Gewerkschaften verhindert worden sei. Was im Vorjahre nicht erreicht sei, wolle nun das Unternehmertum 1918 nachholen, weshalb es schon jetzt sich auf den Kampf vorbereite. Im Bunde mit den Unternehmern geben die Regierungen und die Behörden; sie alle hätten an einer Entrechtung der Arbeiter gleiches Interesse. Wenn wir uns gegen alle diese Anschläge erfolgreich wehren wollten, dann müßten auch wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Das habe unsere 19. Generalversammlung getan dadurch, daß sie unsern Verbände eine stärkere Position verschafft habe. Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen, müsse man die Opfer freudig tragen; denn sie seien unbedingt notwendig zur Wahrung unserer Interessen, damit wir dem Jahre 1918 gerüstet entgegensehen können. Kamerad Siebert schloß sich dem Referenten an und ermahnte die Kameraden, die Beschlüsse streng zu befolgen und auch für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes Sorge zu tragen, damit unser Verband nicht geschwächt werde. So gut wie die Unternehmer ihre Kassen füllten, müßten auch wir bereit sein, zu opfern. Kamerad Rose forderte gleichfalls die Kameraden zu festem Zusammenhalt auf. Er erinnerte daran, wie noch vor wenig Jahren die Unternehmer willkürlich Lohnreduktionen vornehmen konnten, nur deshalb, weil die Organisation nicht kräftig genug gewesen sei, sich zu wehren. Solche Zustände würden wiederkehren, wenn die Organisation lau werde. In der weiteren Debatte wurde noch bemängelt, daß seitens des Verbandes nicht mehr Aufklärung über die Agitation der noch übrig gebliebenen Lokalkassen verbreitet würde. Diese seien fortgesetzt bemüht, durch schmutzige Flugblätter den Verband zu beschimpfen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde noch mitgeteilt, daß auf dem Pläze von Schrammer Nachfolger außer acht Organisierten noch sechs Unorganisierte arbeiteten; es müsse versucht werden, diese dem Verbande zuzuführen. Zum Schluß wurden noch einige kleine Sachen erledigt.

Halle a. d. S. Hier fand am 6. Mai eine Mitgliederversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß seit der letzten Versammlung zwei Todesfälle zu verzeichnen seien. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen in der üblichen Weise. Hierauf gab der Delegierte Wiesen, Eisleben, einen kurzen Bericht von der 19. Generalversammlung. Die Versammlung versprach, den dort gefassten Beschlüssen Rechnung zu tragen. Im zweiten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Sie ergab eine Einnahme von M. 2401,81 und eine Ausgabe von M. 1607,86. Es verblieb ein Bestand von M. 703,75. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand 287, ausgetreten 2, eingetreten 25, zugereist 22; Bestand am Schluß des Quartals 310 Mitglieder. Kamerad Weinhardt legte sein Amt als Obmann der Platzdelegierten nieder, dafür wurde Kamerad Reppin gewählt. Dem Kameraden B. in Ammendorf wurde eine Krankenunterstützung von M. 15 bewilligt. Kamerad Brömmen sen. gab einen kurzen Bericht über die Beteiligung an der Maifeier, die eine besonders rege gewesen ist. 104 Mitglieder hatten sich beteiligt. — Vom Hauptvorstand sind auf unsern Antrag die Mitglieder Hohlbad und Henricke ausgetreten. Kamerad Klotz gab am Schluß den Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkommission.

Rüdigersberg. Zwei Mitgliederversammlungen am 8. resp. 12. Mai beschäftigten sich mit der augenblicklichen Situation, dem Angebot der Unternehmer bezüglich des Ausgleichspennings und dem Tarifabschluss. Wie berichtet wurde, haben die Arbeitgeber durch ihren Vorsitzenden Kausser erklären lassen, daß sie den Ausgleichspennig vom 1. April 1912 gewähren wollen. Dieses Angebot rief starken Unwillen hervor, wie überhaupt die hiesigen Mitglieder mit dem Tarifvertrag, der bis heute noch nicht unterzeichnet ist, sehr unzufrieden sind. Sie sind der Meinung, daß er den örtlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung trage, vor allem aber hätte der Ausgleichspennig sofort bezahlt werden müssen. Die sehr oppositionelle Stimmung in den Versammlungen verdrängte sich zur Ablehnung des Angebots und auch des Tarifvertrages, obwohl Kamerad Schmidt keinen Zweifel darüber aufkommen

ließ, daß ein solches Vorgehen die Zustimmung des Zentralvorstandes nicht finde. Eine Kommission wurde mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifvertrages beauftragt, der von der Versammlung am 12. Mai genehmigt wurde. Auch wurde beschloffen, ihn an die Unternehmer zu übermitteln.

Königshütte. Am 25. Mai tagte im Gewerkschaftshause unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie hatte sich mit der Frage zu befassen, wie den Unternehmern beizukommen ist, die den tariflichen Lohn noch nicht zahlen. Kamerad Schwoob hatte das Referat übernommen. Vorerst gestellte er die Laubbart der Hiesigen Kameraden, die es verschulde, daß eine so wichtige Versammlung nur verhältnismäßig schwach besucht sei. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß es kaum irgendwelchen Wert habe, auf den Plätzen, wo lauter Schwarze stecken, gegen die Unternehmer vorzugehen, damit sie den tariflichen Lohn zahlen. Diese Zimmerer, die von dem Verbande doch nichts wissen wollten, könnten auch selber zu sehen, daß ihnen der Lohn werde. Soweit unsere Kameraden in Frage kämen, werde der Lohn gezahlt, obwohl das Vertragsverhältnis noch immer nicht vollzogen sei; denn das Zentralschiedsgericht habe die noch bestehenden Differenzen an die örtliche Instanz in Rattowitz zurückerwiesen, die drei Wochen später ihre Entscheidung getroffen haben sollte, was aber bisher nicht geschehen sei. Gerade deshalb müßten wir scharf Obacht geben, daß nicht willkürliche Zustände einreifen. Schon zeige es sich bei einzelnen Unternehmern, daß versucht werde, die tariflichen Bestimmungen zu durchlöchern. So behalte der Unternehmer Ueberreiter anstatt immer noch zwei Tage Lohn ein. Vielfach würden auch die Poliere angehalten, ihre Sympathie der christlichen Organisation zuzuwenden und für diese zu wirken, weil sie den Unternehmern ungefährlich sei. Das sei ein Beweis, wie man unsern Verband fürchte. Redner berührte hierbei auch die Agitationsweise der christlichen Organisation. Die christliche Bewegung sei mit Haut und Haaren dem Zentrum verschrieben und das Zentrum sei durchweg arbeitfeindlich, wie aus seine Stellung zu den sozialpolitischen Fragen im Reichstage klar hervorgehe. Als wirkliche Vertreterin von Arbeiterinteressen könne die christliche Organisation ernsthaft gar nicht in Frage kommen. Dagegen sei der Zentralverband der Zimmerer stets mit Erfolg befreit gewesen, die Lebenshaltung der Zimmerer auf ein höheres Niveau zu heben. Deshalb müsse jeder Kamerad für die Ausbreitung des Verbandes und dessen weiterer Erstarbung besorgt sein. Kamerad Zeller schloß sich diesen Ausführungen an. Er warnte die Kameraden vor der Laubbart, die, wie die Erfahrung zur Genüge beweise, bedenkliche Folgen zeitige. Leicht seien die Errungenschaften der Organisation illusorisch, wenn nicht die Kameraden selber auf der Hut seien und ihren Verband intakt halten. Er forderte zur energischen Agitation auf. Der Vorstand habe sich bereits dahin geeinigt, in der nächsten Zeit eine intensive Hausagitation vorzunehmen, damit unsere Zahlstelle gestärkt werde. Es wurde noch mitgeteilt, daß wir in der am 23. Mai erfolgten Wahl eines Krankenfassenvertreter den Sieg davongetragen hätten.

Kolberg. Unsere regelmäßige Monatsversammlung am 20. Mai ließ sich im ersten Punkt der Tagesordnung Bericht vom Kartell erstatten. Aus dem Bericht war ersichtlich, daß die Anträge der Zimmerer zu dem Regulativ des Kartells mit einer unwesentlichen Abänderung angenommen sind. Am 18. Juni soll ein Gewerkschaftsfest mit Umzug stattfinden. Zur Deckung der Unkosten soll von jedem Gewerkschaftsmitgliede ein Beitrag von 10 s erhoben werden. Jedes weitere Entree fällt dann fort. Ein Antrag, diesen Beitrag aus der Lokalfasse zu zahlen, fand keine Zustimmung, vielmehr hat jeder Teilnehmer die 10 s selber zu entrichten. Der Vorsitzende forderte zur regen Beteiligung auf. An Stelle des bisherigen Kollporteurs, der infolge hohen Alters seinen Posten niedergelegt hat, wurde Kamerad Wangerin gewählt, der die gleiche Entschädigung erhält, wie sein Vorgänger. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde zur Sprache gebracht, daß vielfach Ueberstunden gearbeitet wurden, was allseitig gerügt wurde. Hierzu führte der Vorsitzende noch aus, daß einzelne Unternehmer sich bei ihm beschwert hätten, daß die Zimmerer bei Privatleuten Ueberstunden machten, ohne dafür den Ueberstundenzuschlag zu fordern. Er sei dieser Beschwerde nachgegangen und habe festgestellt, daß es sich in einem Fall um ein Mitglied unserer Zahlstelle und zwei Zimmerleute von Hasenbauhof handle. Die letzteren seien nicht organisiert, auf sie hätten wir demnach keinen Einfluß. In einem andern Fall handle es sich um zwei Kameraden von uns, wovon einer ledig sei. Dieser Fall bedürfe aber noch der Aufklärung. Jedenfalls müßten wir streng darauf achten, daß keinerlei Verletzungen des Tarifs vorkämen, weil wir darunter alle zu leiden hätten. Es wurde eine Kommission gewählt, die solche Arbeiten zu kontrollieren und der nächsten Versammlung über ihren Befund zu unterrichten hat.

Regnitz. Am 17. Mai fand hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Erschienen waren 47 Mitglieder. Im ersten Punkt gab Kamerad Herr. Nobel den Kartellbericht, aus dem hervorging, daß die Brauerarbeiter einen Tarif eingereicht haben. Das Kartell hat sich auch mit der Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle beschäftigt und wurde den Gewerkschaften hiervon Mitteilung gemacht. Da sich dadurch die Kartellbeiträge steigern würden, war die Versammlung der Ansicht, bis auf weiteres diese Beiträge nicht zu erhöhen. Im zweiten Punkt gab Kamerad Jachsch Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkommission. Danach sind im April 60 Bauten kontrolliert worden. Auf 4 Bauten wurde der Zutritt verweigert. Das Hauptaugenmerk der Kontrolleure war auf Waubuden, Abortanlagen, Gerüste, Verbandskasten und anderes mehr gerichtet. Was die Gerüste anbelangt, so waren sie mit Ausnahme von einigen Bauten als in Ordnung befindlich zu bezeichnen. Die Waubuden haben sich in der Mehrzahl zu den am Bau verhältnismäßig beschäftigten Personen als zu klein erwiesen. Die Verbandskasten fehlten auf 8 Bauten gänzlich und auf verschiedenen Stellen erwiesen sie sich als unvollständig. Betreffs der Abortanlagen läßt sich sagen, daß in hygienischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Hier muß es Aufgabe jedes Ar-

beiters sein, diesen Uebelstand zu beseitigen. In der sich hieran anschließenden Debatte wurde angeführt, daß die Kontrolle mangelhaft ausgeführt worden sei. Das wurde aber vom Kameraden Gutscher widerlegt, mit der Motivierung, daß es seit Bestehen der Bauarbeiter-Schutzkommission schon etwas anders auf den Bauten geworden sei. In erster Linie sollten auch die Poliere die Gefellen dazu anhalten, die baupolizeilichen Bestimmungen nicht zu übertreten; leider sei dies aber nicht der Fall. Im weiteren wurde vom Vorsitzenden ein Passus aus dem Tarif verlesen, der sich auf Ueberstunden bezieht. Es wurde betont, sich strenge danach zu richten. Da der seitherige Kollporteur abreist, machte sich eine Neuwahl notwendig, und wurde, nachdem eine Anzahl Kameraden abgelehnt hatte, der Kollporteurposten von dem Kameraden Scholz besetzt. Zum Schluß brachte Kamerad Demuth noch das Zusammenarbeiten von Zimmerern mit Arbeitern zur Sprache.

Mannheim. Am 30. April tagte im Gewerkschaftshause unsere Zahlstellenversammlung. Anwesend waren die Delegierten der verschiedenen Filialen und der Vorstand. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende Wörner den Geschäftsbericht über das verflossene Vierteljahr. Der schriftliche Verkehr umfaßte 44 Eingänge und 129 Ausgänge. Versammlungen haben in Mannheim 8 stattgefunden, in den Filialen 16; ferner 4 Platzversammlungen, 1 Kommissionsitzung und zwei Sitzungen mit den Unternehmern. Vorstandssitzungen sind 8 abgehalten worden. Der Versammlungsbesuch sei durchweg ein schlechter, die Interessiertheit groß. Dadurch würden die Verwaltungsarbeiten erheblich erschwert, indem oftmals wichtige Punkte wegen mangelhafter Versammlungsbesuche unerledigt blieben. Nachdem der Vorsitzende noch einige Vorgänge während des Quartals erwähnt hatte, gab Kamerad Wandel den Rassenbericht. In der Debatte wurden die Ausgaben moniert. Das Abhalten der Versammlungen in den Filialen koste erhebliche Summen, es müßte in dieser Beziehung unbedingt mehr gespart werden. Andere Redner betonten demgegenüber, daß man in der Agitation nicht nachlassen und auch die Kosten dafür nicht scheuen dürfe. Nachdem noch drei Kameraden mit der Revision der Verbandsbücher beauftragt waren, trat eine Mittagspause ein. Nach ihrer Beendigung wurde der Bericht von der 19. Generalversammlung entgegengenommen, den Kamerad Ridenauer erstattete. Er nahm geraume Zeit in Anspruch und rief eine lebhafteste Diskussion hervor, in der die Meinungen recht scharf aufeinander prägten. Besonders Kamerad Rant übte an den Beschlüssen der Generalversammlung eine recht abfällige Kritik. Dem Delegierten wurde der Vorwurf gemacht, daß er dem Wunsche die Aufhöhung nicht eine Erstarbung der Organisation, sondern viel eher das Gegenteil bewirken werde. Dem Zentralvorstand wurde vorgeworfen, er habe die Situation zu schwarz gezeichnet. Kamerad Rant vertrat die Ansicht, daß man das Kapital niemals mit Geld bekämpfen könne. Von den Beschlüssen der Generalversammlung befürchte er das schlimmste. Kamerad Schilling trat diesen Ausführungen scharf entgegen. Es sei ein beschämendes Zeugnis für eine Zahlstelle, wenn sich einzelne Mitglieder in ihrem Unwillen über gefasste Beschlüsse zu solchen Ausführungen hinreißen ließen, wie sie Rant gemacht habe. Wer den Vorgängen im Baugewerbe seit der vorjährigen Aufsperrung aufmerksam gefolgt sei, wer vor allen Dingen die Mühsungen im Unternehmerlager beobachte, der könne sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Unternehmer auf eine Wiederholung des vorjährigen Kampfes mit aller Entschiedenheit hinarbeiten. Wer das einsehe und wer daneben wisse, worauf es das Unternehmertum abgesehen habe, der könne auch die Beschlüsse der 19. Generalversammlung verstehen, ja, der müsse ihnen rückhaltslos zustimmen und für ihre Durchführung in wirksamer Weise eintreten. Die Organisation, unser Zentralverband, sei der Schutzwall gegen alle arbeitfeindlichen Bestrebungen der Unternehmer, deshalb müsse jeder einsichtige und denkende Kamerad zum Zentralverbande halten. Im Anschluß hieran gab Kamerad Wörner den Bericht von der Fünfzert-Kommission, die über die Punkte „Arbeitsnachweis“ und „Sterbefasse“ zu beraten hatte. Der erste Punkt fand seine Erledigung in dem von der Kommission vorgeschlagenen Sinne. Zum zweiten Punkt wurde ein Antrag angenommen, monach über die Einführung einer Sterbefasse eine Urabstimmung zu erfolgen hat. Den Schluß der Versammlung bildete die Durchberatung der gestellten Anträge.

Am 7. Mai hatte die Opposition gegen die Beschlüsse der neunzehnten Generalversammlung, betreffend die Extrabeiträge, unter der Führung von Rant eine Versammlung anberaumt mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu der Beitragsserhöhung?“ Referent war Rant, der auch gleichzeitig den Vorsitz führte. Seine Ausführungen waren nichts weiter als ein Herunterreißen der Verbandseinrichtungen. Er brachte die Gründung einer Sparkasse in Vorschlag, in die jeder Teilnehmer wöchentlich M 1 zu entrichten habe. Diese Summe sollte auf der Sparkasse belegt werden. Er fand mit seiner Spatheorie aber wenig Zustimmung. Selbst der Lokalist Popp polemisierte dagegen; er bemühte sich nach Kräften, Anhänger für seine Ideen zu werben. Der Vorsitzende unserer Zahlstelle zerplückte dann noch die Ausführungen von Rant, dem er entgegenhielt, daß man durch Zersplitterungsbestrebungen die Arbeiterschaft nicht vorwärtsbringen könne, dazu bedürfe es der Geschlossenheit aller. Nur so sei es möglich, auch die Opfer zu tragen, die uns die wirtschaftlichen Kämpfe aufrichtigten. Das hielt aber Rant nicht ab, zu versichern, daß er für seine Ideen eine kräftige Agitation entfalten werde, und zwar werde er von Haus zu Haus gehen. Es bedarf wohl nicht der Erwähnung, daß er bei allen einsichtigen Kameraden keinerlei Unterstützung findet.

München. In der Zeit vom 16. bis 24. Mai fanden in München in den verschiedenen Stadtteilen seitens des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands Agitationsversammlungen statt. Es war dies notwendig geworden, weil die Anarcho-Sozialisten (freie Vereinigung der Zimmerer) in letzter Zeit in ganz infamer Weise gegen den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands hetzten. Die von der 19. Generalversammlung in Leipzig be-

schlossenen Extrabeiträge glaubten sie zum Mitgliederfang auszunutzen zu können. Die Tagesordnung lautete in allen sechs Versammlungen: „Was steht uns bevor, und wer schützt unsere Interessen“. Referent war Gauleiter Kemmer. Er schilderte in seinen Ausführungen die Entwicklung des Zentralverbandes der Zimmerer in München und die erzielten Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vom Jahre 1908 bis 1. April 1912 erhöhte sich der Stundenlohn von 42 s auf 67 s. Die Arbeitszeit konnte auf 9 1/2 Stunden verkürzt werden. Zwei schwere Kämpfe mußten 1905 und 1910 geführt werden. Dadurch hat der Zentralverband der Zimmerer bewiesen, daß er nachdrücklich die Interessen der Münchner Zimmerer verteidigen hat. In der Zukunft stehen uns aber weit schwerere Kämpfe bevor, wozu wir des festesten Zusammenschlusses bedürfen. Und in dieser äußerst ernsten Situation versuchen die Syndikalisten mit den erbärmlichsten Mitteln, eine Zersplitterung der Widerstandskraft der Arbeiter herbeizuführen. Sie treiben damit Arbeiterverrat im wahren Sinne des Wortes und bilden dadurch die Schutztruppen des Unternehmertums. Es ist aber auch notwendig, einmal Aufklärung zu geben über das wahre Wesen des Syndikalismus. Die Syndikalisten verkörpern den Parlamentarismus, sind Gegner der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften und Gegner der Tarifverträge. Wie die Anarchisten propagieren sie die direkte Aktion und erblicken im Generalfest das Allheilmittel. Mit diesen ihren Bestrebungen setzen sie sich in direkten Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften. Deshalb haben auch der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart und der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung als die Arbeiterschaft schädigend bezeichnet. Wer sich den Syndikalisten anschließt, stellt sich dadurch selbst außerhalb der sozialdemokratischen Partei. Mit der Aufforderung, fest und treu zum Verbande zu stehen und jeden Versuch der Kräftezersplitterung mit aller Kraft zurückzuweisen, schloß der Referent seine mit großem Beifall entgegengenommenen Ausführungen. In zwei Versammlungen waren auch die Führer der Syndikalisten, darunter der bekannte Kuhlmann, erschienen und beteiligten sich an der Diskussion. Es kam dabei zum Ausdruck, daß sie selbst nicht wußten, was das Wesen des Syndikalismus ist. Ja, daß sie selbst gegen ihre innere Ueberzeugung dem Syndikalismus huldigten. Kuhlmann sagte zum Beispiel, daß er dem Zentralverband nichts in die Schuhe schieben könne; der Zentralverband sei durchschlagend; er (Kuhlmann) sei auch heute noch zentralistisch gesinnt; und so könne es mit der Zersplitterung nicht weiter gehen. Im paßten nur die Führer im Zentralverband nicht. In allen Versammlungen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen. Die Syndikalisten stimmten nicht dagegen. „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden. Sie hat dadurch Kenntnis genommen von dem arbeiterschädigenden Wesen der syndikalistischen Gewerkschaften. In der Erwägung, daß die Unternehmerverbände immer dreister ihr Haupt erheben und der Arbeiterschaft des Baugewerbes große wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen, ist die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit. Die Versammlung beurteilt deshalb jeden Versuch der Kräftezersplitterung auf das schärfste. Als die einzige Interessenvertretung der Zimmerer Deutschlands erklärt sie den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, für dessen weiteste Ausbreitung die Versammelten mit allen Kräften einzutreten sich verpflichten.“

Oberhausen. Hier macht ein Zimmerpolier Oskar Stephan viel von sich reden, der sich durch möglichst billige Uebernahme von Zimmerarbeiten in Afford auszeichnet und dabei einen recht großen Profit für sich herauszuschlagen versucht. Das geschieht selbstverständlich auf Kosten der bei ihm beschäftigten Gefellen, die weiblich schäften müssen, wenn sie vor den Augen des gestrenge Poliers Gnade finden wollen. Stephan wird protegirt von der Firma Gebrüder Gatterdam, die ihm auch jetzt wieder eine Reihe Bauten zur Ausführung in Afford übertragen hat. Die hiesigen Kameraden haben es indes satt, bei Stephan zu arbeiten, und eine Versammlung hat die Sperre über die ihm übertragenen Bauten beschloffen, weil neben andern Unannehmlichkeiten, die die Arbeit bei Stephan einbringt, man immer nicht recht sicher ist, ob am Zahltag der fällige Lohn auch ausgekehrt wird. Verschiedene Kameraden haben an ihn noch Forderungen, deren Erfüllung St. hartnäckig ablehnt unter den wichtigsten Gründen. Stephan ist aber auch den Kameraden in Essen und Ruhrort nicht unbekannt, sein Ruf geht mithin schon über Oberhausen hinaus. Jetzt ist nun Stephan in der Klemme, er hat Arbeit, aber keine Zimmerleute. Die Firma Gatterdam wollte ihm beispringen, indem sie drei von ihren Zimmerleuten zu Stephan beordnete, was diese aber dankend ablehnten, weshalb sie ihre sofortige Entlassung erhielten. Nachdem auch der Polier gekündigt wurde und Stephan an seine Stelle treten sollte, stellten auch die übrigen zehn Kameraden die Arbeit ein. Sie traten sofort anderwärts in Arbeit. Stephan und die Firma Gatterdam suchen jetzt Zimmerleute durch Anzeigen in den bürgerlichen Zeitungen, bisher ohne Erfolg. Vorderrhand besorgen hier sogenannte Schreinermeister Hausreißerdienste, indem sie von morgens 5 bis abends 9 Uhr im Schweiß ihres Angeichts schaffen, um zu verhindern, daß die roten Brüder Stephans Existenz vernichten. Hoffentlich bleiben sie recht lange unter sich. Mögen alle Kameraden bei Annahme von Arbeit nach Oberhausen sich der größten Voricht befleißigen.

Bodejuch. Am 30. April tagte im Lokal von Buzki, Friedensburg, unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Die vom Kassierer verlesene Quartalsabrechnung wurde von den Revisoren bestätigt, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die Versammlung besaßte sich sodann mit den von der neunzehnten Generalversammlung beschloffenen Extrabeiträgen, worüber Kamerad Müller recht eingehende Ausführungen machte, die besonders die Notwendigkeit der gefassten Beschlüsse begründeten. In der Diskussion wurde von einzelnen Rednern die Höhe der Extrabeiträge moniert; sie gaben der Ansicht Ausdruck, daß schon vorher die Beiträge in unserm

Verbande hoch genug gewesen. Kamerad Müller legte deshalb nochmals dar, worauf es ankomme. Wollte man dem Unternehmertum in seiner Absicht auf Fesselung der Arbeiter energischer Widerstand entgegensetzen, dann müsse man auch die Mittel dazu bereitstellen. Von der Notwendigkeit der Organisation sei wohl jeder Kamerad überzeugt; Preisgabe der Organisation sei gleichbedeutend mit Unterwerfung unter den Unternehmerrillen. Deshalb solle man nicht gegen die Beschlüsse opponieren, sondern tatkräftig an ihrer Durchführung mitwirken. Sämtliche Anwesenden gaben hiernach zu erkennen, daß sie die Beschlüsse der neunzehnten Generalversammlung einhalten und für ihre Durchführung auch auf den Arbeitsstätten energisch eintreten werden. Es wurde den Kameraden noch anheimgegeben, die Beiträge regelmäßig zu entrichten, damit sie nicht aufsummten, da sonst das Zahlen schwer falle. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß die Beiträge von jetzt ab jede Woche an den Kassenporteur entrichtet werden könnten, der zu diesem Zweck von dem Kassierer Weidgenmarks erhalte. Ferner wurde beschlossen, im „Zimmerer“ eine Anzeige aufzugeben bezüglich des Umsehens.

Rotterdam. In einer außerordentlichen Mitglieder- versammlung am 14. Mai erstattete Kamerad Witt-Berlin Bericht von der 19. Generalversammlung. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Alle Dis- kussionsredner sprachen sich für die Beschlüsse aus. Fol- gende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und insbesondere mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und verpflichtet sich, alles daran zu setzen, die Machinationen der Unternehmer zunichte zu machen durch einmütiges, tatkräftiges Zu- sammenarbeiten.“ Kamerad Strefow verlas anschließend hieran den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 101. Der Kassierer wurde auf Antrag des Revisors entlastet. Nachdem noch die Caputher Angelegenheit besprochen war, ohne daß es darüber zu einem Resultat kam, wurde der Kartellbericht entgegengenommen, den Kamerad Dreier gab. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß sich an der diesjährigen Maifeier nur etwa der vierte Teil aller gewerkschaftlich organisierten beteiligt habe. Ferner wurde auf den Vorschlag über den „Victoria-Garten“ auf- merksam gemacht. Der „Victoria-Garten“, das einzige große Saallokal, das der Partei und den Gewerkschaften zur Verfügung stand, ist uns nunmehr auf Reichsverbandsmannier entzogen worden, so daß nur noch das alte Herbergslokal zu Versammlungszwecken hergegeben wird.

Wriß. Eine Mitgliederversammlung am 14. Mai nahm den Bericht von der Generalversammlung entgegen, den Kamerad Neumann aus Stettin erstattete. An den Bericht schloß sich eine rege Debatte, in der vornehmlich die Beitragsfrage eine Rolle spielte. Es wurde ausgeführt, daß die kleinen Zahlstellen gegenüber den größeren diesmal eine starke Belastung erfahren hätten. So müsse Wriß bei einem Lohn von 42 M einen Extrabeitrag von 25 M entrichten, während Berlin und andere Orte bei einem fast doppelt so hohen Lohn nur 95 M zu zahlen hätten. Kamerad Niklas legte dar, wie über die Höhe der Extra- beiträge die Ansichten auf der Generalversammlung sehr weit auseinander gegangen und wie endlich eine aus allen Gauen zusammengesetzte Kommission den jetzt angenom- menen Vorschlag zu Wege gebracht habe. Wenn er auch nicht allen Anforderungen entspreche, so müsse man doch an- erkennen, daß versucht worden sei, möglichst allen Verhält- nissen Rechnung zu tragen, und deshalb müsse man sich auch mit dem, was beschlossen, zufrieden geben. Die Versamm- lung erklärte sich hierauf mit den gefaßten Beschlüssen ein- verstanden und versprach, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die beschlossenen Beiträge auch bezahlt werden. Unter „Verschiedenes“ wurden Fragebogen verteilt bezüglich der Ueberlandarbeit im Baugewerbe. Kamerad Neumann gab hierüber die nötige Aufklärung. Dann wurde noch die Wahl der Platzdelegierten erledigt. Einige andere Sachen wurden dem Kameraden Neumann zur Erledigung über- tragen. Einem erkrankten Kameraden wurden M 10 be- willigt. Wegen eines alten Mitgliedes und Mitbegründers unserer Zahlstelle, das seit langem erkrankt ist und dessen Beiträge bisher aus der Lokalkasse entrichtet wurden, was aber jetzt bei dem erhöhten Beitrag nicht mehr möglich ist, soll beim Zentralvorstand angefragt werden, damit er Aus- kunft gebe, was in solchen Fällen zu geschehen hat. Ein Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

Rothenburg a. d. Obra. Am 29. Januar vorigen Jahres hat hier selbst die letzte Versammlung stattgefunden. Seit dieser Zeit war es nicht möglich, ein Lokal zu be- kommen. Die Wirte weigerten sich, ihre Lokalitäten her- zugeben, um mit den Behörden nicht in Konflikt zu geraten, und dem Wirt, der das städtische Gasthaus gepachtet, wurde verboten, uns das Lokal zur Versammlung zur Verfügung zu stellen. So wurde durch die Behörden alles unter- bunden, um unsere Organisation aufkommen zu lassen; aber trotzdem ist das Gegenteil eingetreten, da die hiesigen Kameraden reger die Agitation betrieben haben als bisher und sich nicht einschüchtern ließen. Auch haben hier andere Organisationen festen Fuß gefaßt. Es ist gelungen, auf dem Grundstück Wollsteinerstraße 237 eine Wohnung zu mieten, wo jetzt unsere Versammlungen, trotz allen Widerstandes der Behörden, wieder abgehalten werden können. Am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 8 Uhr, tagte eine gut besuchte Versammlung, in der Kame- rad Budrinski-Pojen Bericht erstattete von der 19. General- versammlung. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent die Anwesenden auf, für die Durchführung der Beschlüsse Sorge zu tragen und ungachtet der Bei- tragserhöhung dem Verbands treu zu bleiben. Der Vor- trag wurde mit Beifall aufgenommen, und versprachen die Kameraden, in dem Sinne des Referenten zu wirken. Dann wurde die einzuschlagende Taktik betreffs Agitation für Wollstein besprochen. Mit einem warmen Appell des Versammlungsleiters, unsere Organisation zu stärken und auszubauen, erfolgte mit einem Hoch auf den Zentralver- band Schluß der Versammlung.

Ruhrort. Die Bezirkszahlstelle Hamorn hielt am 14. Mai im Lokal von Großerlohe an der Zinkhütte ihre erste Mitgliederversammlung ab. Eingangs wurde durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Ruhrort ein Schreiben des

Gaulleiters Viktor Janßen verlesen, worin ersucht wird, seine Abwesenheit zu entschuldigen, da er anderweitig sehr in Anspruch genommen. Janßens Ausbleiben wurde leb- haft bedauert und betont, daß es in Hamorn an der Zeit sei, eine eifrige Propaganda für die Organisation zu ent- falten, damit Hamorn einmal aufhöre, der Zufluchtsort aller Indifferenten und „berlumperten“ Kameraden zu sein. Nachdem in die Tagesordnung eingetreten war, wurde zu- nächst der Anschluß an das Kartell in Hamorn beschlossen und die Wahl der Kartelldelegierten vollzogen. Die Wahl eines stellvertretenden Bezirkskassierers für Walsum mußte ausgesetzt werden, da sich niemand zur Annahme des Postens bereit fand. Unter „Verschiedenes“ wurde noch das Verhalten gegenüber den Unorganisierten besprochen. Auch wurde die Notwendigkeit der Abhaltung von Platz- versammlungen betont, da noch nicht überall der tarifliche Lohn gezahlt werde. Mit der Aufforderung, für guten Besuch der künftigen Versammlungen zu sorgen, fand die Versammlung ihr Ende. — Der Anregung auf Abhaltung von Platzversammlungen ist bereits Folge gegeben worden. So hat schon eine Versammlung vom Platz Gottlieb in Walsum stattgefunden, wo auch Schwierigkeiten bezüglich der Lohnzahlung zu befürchten waren. Veranlassung dazu hatten einige Bemerkungen des Unternehmers gegeben, der aber von seinem Vorhaben Abstand genommen hat, nachdem er eingesehen, daß die bei ihm beschäftigten Zimmerer nicht gewillt sind, Verstöße gegen die tariflichen Abmachungen ruhig hinzunehmen. Es wurde noch auf den Platz Brüggemann in Maryloh aufmerksam gemacht, auf dem die Zu- stände recht faul sind.

Salzwedel. Unsere Monatsversammlung am 21. Mai haupt läßt der Versammlungsbesuch in letzter Zeit sehr zu wünschen übrig. Bei den Kameraden scheint die Ansicht zu herrschen, daß nunmehr bis 1913 die Lohn- und Arbeits- bedingungen geregelt sind und daß sie bis dahin sich der Ruhe hingeben könnten. Wir haben schon zur Förderung des Besuches den Versammlungstag von Donnerstag auf Sonntag verlegt; viel Erfolg ist damit aber nicht erzielt worden. Es sollte damit in der Hauptsache den Kame- raden von Büchow und Wustrow Gelegenheit gegeben wer- den, zur Versammlung zu kommen. Eingetroffen ist das nicht. Die Versammlung hatte zunächst einen Schrift- führer zu wählen. Dann nahm sie den Kartellbericht ent- gegen, aus dem hervorging, daß das Gewerkschaftsfest am 12. August stattfindet. Die nötigen Vorbereitungen hat das Kartell im Verein mit den Gewerkschaften zu treffen. Zutritt haben nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von dem Kassierer wurde die Quartalsabrechnung verlesen; die Dechargeerteilung wurde ausgesetzt, weil die Re- visoren fehlten. Nachdem die Wahl eines Kassenporteurs vollzogen war, erledigte die Versammlung noch einige Punkte unter „Verschiedenes“. In der nächsten Versam- lung müssen alle Kameraden am Platz sein.

Treptow a. d. Rega. In unserer Mitglieder- versammlung am 21. Mai gab uns Kamerad Neumann aus Stettin einen Bericht über die Verhandlungen der neun- zehnten Generalversammlung. Sämtliche Kameraden er- klärten sich mit den Beschlüssen einverstanden und ver- sprachen, treu zum Verbands zu halten, auch für dessen weitere Ausbreitung energisch Sorge zu tragen. Nach Erledigung einiger Punkte unter „Verschiedenes“ erfolgte mit einem Hoch auf den Zentralverband Schluß der Ver- sammlung.

Wongrowitz. Am 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, fand im Schützenhause eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher Kamerad Budrinski-Pojen erschienen war. Die Verlesung des letzten Protokolls mußte bis zur nächsten Versammlung verschoben werden, da der Schriftführer aus- wärts arbeitet. Nach Eintritt in die Tagesordnung er- stattete der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal dieses Jahres, und wurde demselben auf Antrag der Re- visoren Decharge erteilt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß bei einigen Arbeitgebern der tariflich festgesetzte Lohn nicht gezahlt wird. Kamerad Budrinski klärt die Kame- raden darüber auf, wieweit diese Angelegenheit gediehen ist; er verlas die gepflanzten Schriftstücke mit dem Arbeit- geber und teilte mit, daß am 26. d. M. das Einigungs- amt zur Schlichtung dieser Angelegenheit zusammentritt. Die Kameraden erklärten sich damit einverstanden. Nach- dem erstattete Budrinski den Bericht von der 19. General- versammlung, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion erklärten mehrere Redner, daß die fest- gesetzten Beiträge für die hiesigen Verhältnisse zu hoch seien. Nachdem Kamerad Budrinski die Gründe vor Augen geführt und geschildert hatte, mit was für einem Unter- nehmertum die hiesigen Kameraden zu rechnen haben, stimmte ein Teil der Versammlung der Beitrags- erhöhung zu. Einige Kameraden, die kein Interesse an der Sache zu haben scheinen, verließen den Saal. Nach einigen Auseinandersetzungen schloß der Vorsitzende um 5 Uhr die Versammlung.

— Nach dem Dresdner Schiedspruch war der Lohn für die Zimmerer von Wongrowitz und Umgegend für die Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 bei zehneinhalb- stündiger Arbeitszeit auf 44 M pro Stunde festgesetzt. Nun weigern sich die Arbeitgeber, den tariflich festgesetzten Lohn zu zahlen und verlangen von unsern Mitgliedern, daß sie elf Stunden arbeiten sollen. Nach Vorstellung des Kame- raden Budrinski-Pojen beim Unternehmer Gerhardt er- klärte der Herr, daß er nicht zahlen werde und daß er den Tarif nur unterschrieben habe, damit der Name darunter stehe, sonst hätte es keinen Zweck und wir könnten machen, was uns gefällt. Nun wandte sich Kamerad Budrinski schriftlich unterm 3. d. M. an den Vorstand des Arbeit- geberbundes um Einberufung der Schlichtungskommission. In dem Schreiben vom 5. d. M. teilte Herr Gehlhar (Vor- sitzender des Arbeitgeberbundes) mit, daß am 10. eine Generalversammlung stattfindet. Am 11. erhielt Kamerad Budrinski ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß die Einberufung einer Schlichtungskommission keinen Zweck habe und ihm anheimgestellt wurde, das Ein-igungsamt anzurufen. Am 13. d. M. wandte sich Kamerad Budrinski an den Bürgermeister zwecks Einberufung des Einigungsamtes. Diesem wurde stattgegeben. Das Einigungsamt trat am Frei- tag, 26. Mai, zusammen, um den Schiedspruch herbeizu-

führen. Nach Begründung unseres Antrages erklärten die Arbeitgeber, die zehneinhalbstündige Arbeitszeit innezu- halten und den tariflich festgesetzten Lohn zu zahlen. Ein diesbezügliches Protokoll wurde aufgenommen und brauchte der Schiedspruch nicht gefällt zu werden. Die Arbeitgeber sahen wohl ein, daß der Schiedspruch nicht anders hätte ausfallen können. Aus dem Vorgegangenen sieht man, daß die Arbeitgeber von Wongrowitz dem abgeschlossenen Tarif den Wert nicht beimesen, wie es sich gehört.

Zehebnitz. Am 21. Mai fand hier eine nur schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Sie befaßte sich mit der Veranftaltung eines Sommerbergnugens, das auf den 17. Juli festgelegt wurde. Es soll aus Konzert und Ball bestehen, und ferner sind einige Vorträge vorgesehen. Der Eintritt wurde auf 75 M festgesetzt. Gäste zahlen Herren M 1, Damen 15 M . Die Vorbereitungen wurden einem Komitee von drei Mann übertragen. Unter „Ver- schiedenes“ wurde über den Platz König diskutiert, der bekanntlich gesperrt ist. Es ist dem Unternehmer König gelungen, einen Arbeitswilligen aus Zehebnitz zu er- halten. König hat diesem die Weisung erteilt, daß, wenn ihn einer der Organisierten belästigt und er diesen nam- haft machen könne, er für jeden einzelnen Fall M 10 von ihm erhalte. Diese Mitteilung wurde unter allgemeiner Heiterkeit aufgenommen, da man weiß, wie es mit dem Unternehmer König bestellt ist. Im übrigen wurde den Kameraden anheimgegeben, die Firma und auch den In- haber zu meiden, damit sich niemand Unannehmlichkeiten zuziehe. Ferner wurde über den Kassenporteur Klage ge- führt, der in der letzten Zeit seine Funktion vernachlässigt, sowohl was das Austragen der Zeitung wie auch das Kassieren der Beiträge anlangt. Ihm wurde eine Rüge erteilt.

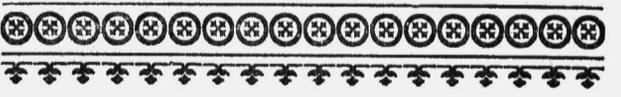
Vermischtes.

Gottlieb Kremser †. Am Mittwoch, den 24. Mai, ist Kamerad Gottlieb Kremser an den Folgen der Lungentuberkulose gestorben, nachdem er bereits acht Wochen im Krankenhause zubringen mußte. In ihm verliert die Zahlstelle Düsseldorf eines ihrer befähigsten Mitglieder. Viele Jahre war er Vorsitzender der Zahlstelle und zu der Zeit, wo in Düsseldorf die Gewerbe- und Industrieausstellung gebaut wurde, war er als Vertrauensmann ange stellt. Durch seine Kenntnisse und Geschicklichkeit hat er es verstanden, der Organisation über die schwierigsten Klippen hinwegzuhelfen. Wenn die Zimmerer Düsseldorf's mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen in ganz Westdeutschland bisher immer an der Spitze marschierten, so verdanken sie es zum größten Teil der intensiven Tätigkeit des leider so früh Verstorbene. Daß alle Mitglieder zu ihm Vertrauen hatten, zeugt davon, daß Kamerad Kremser von der Zahlstelle zu fünf Generalversammlungen unseres Verbandes delegiert wurde. Insbesondere hat er auch mit für die wirksame Verbesserung des Bauarbeiterschutzes ge- sorgt und unter seiner Leitung wurde im Jahre 1898 die Landeskommission für Bauarbeiter für Rheinland-Westfalen ins Leben gerufen, unter deren Tätigkeit überhaupt erst für diese Gebiete die ersten Erfolge erzielt wurden. Auch zum ersten Bauarbeiterschutzkongreß im Jahre 1899 in Berlin war Kremser delegiert. Am vergangenen Samstag haben die Düsseldorf'ser Zimmerer ihren lieben Freund unter zahlreicher Beteiligung zur Ruhe getragen, hoffen wir, daß viele andere Mitglieder das zu leisten beitrebt sind, was Kamerad Kremser allzeit für unsere Organisation geleistet hat.

Sterbetafel.

Breslau. Am 5. Mai starb der Kamerad Aug. Sürmer, 43 Jahre alt, und am 16. Mai starben die Kameraden Her m. N i t s c h e, 38 Jahre alt, und M a r g P a s c h k e, 21 Jahre alt.

Cölin. Infolge eines Unglücksfalles verstarb am 29. Mai unser Kamerad und Kassierer Julius Goers im Alter von 35 Jahren.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Auf einem Neubau in G a l e r s t a d t, Maybachstraße, stürzte am 20. Mai der Maurer Fritz Krebs, als er eine Leiter umlegen wollte, vom Dache und erlitt einen Bruch des Beckens sowie einen Armbruch, so daß er mit dem Krankenwagen ins städtische Kranken- haus überführt werden mußte. Ein gleichfalls auf dem Dache stehender Lehrling wurde von R. beim Abstrich gestreift, ohne jedoch das Gleichgewicht zu verlieren. — An einem Wohn- hausneubau in M ü l h e i m a. R h., Kaller Straße, der von der Baugesellschaft „Colonia“ aus Cöln ausgeführt ist, stürzte beim Verlegen der vierten Balkenlage der achtzehnjährige Zimmergeselle Weiß rücklings in die Tiefe. Er erlitt einen Ober- und einen Unterschenkelbruch am rechten Bein und mußte dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden. — In N e u s t e t t i n verunglückte bei Abbrucharbeiten an einem Hause in der Königstraße der Zimmermann Beyer. Als ein Balken ober- halb des zweiten Stockwerkes herabgelassen wurde, fiel zugleich ein Teil Mauerwerk mit herab. In dem begreiflichen Glauben, er würde verschüttet werden, suchte sich der Zimmermann durch einen Absprung aus etwa 6 m Höhe in Sicherheit zu bringen. Unten angekommen, blieb Beyer ohne Besinnung liegen und wurde durch Kollegen nach Hause ge- tragen. — Mehrere Baumfälle werden aus N i r n b e r g gemeldet. An einem Neubau am Hummelsteinerweg ist ein verheirateter Stukkateur vom dritten Stockwerk abgestürzt. Der Mann erlitt mehrere Rippenbrüche und bedeutende innere Verletzungen und wurde von der Sanitätsmannschaft in seine Wohnung transportiert. — In der Bulmannstraße zog sich ein fiebzehnjähriger Arbeiter durch Abstrich eine Ver- renkung des linken Fußknöchels zu und in der Wilhelmstraße stürzte ein verheirateter Zimmerer aus einer Höhe von un- gefähr 5 m ab. Er erlitt hierbei mehrere Rippenbrüche und Quetschwunden am Kopf und an den Händen. In beiden Fällen brachte die Sanitätskolonne die Verletzten ins städtische

Krankenhaus. — In Posen hat sich auf dem Ausstellungs- gelände ein Unfall ereignet. Ein Zimmergeselle, der auf einem Gerüst am Restaurant „Oberbapern“ stand, fiel von diesem herunter und verletzte sich erheblich am Kopfe und an den Ellenbogen, so daß er nach Anlegung eines Notverbandes in das Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte. — Tödlich verunglückt ist in Schoppinitz auf dem Bau der neuen Zinkhütte ein Maurer. Er war beim Bau eines Schornsteins beschäftigt und stürzte plötzlich ab, wobei er sich an den Steigern die Schädeldecke einschlug. Die Leiche ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sezirt worden. — Leicht verletzt wurde ein Maurer bei einem Gerüstesturz in Steindorf. Der Einsturz ist darauf zurückzuführen, daß die Strecken zu wenig Auflage hatten. Rüstzeug und kein Fanggerüst fehlten ebenfalls. Es ist zu wünschen, daß die Baupolizei mehr Augenmerk auf die Bauten richtet. Beim Bau einer Scheune in Lannhausen stürzte der Zimmerpolier Fiebig ab. In den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb er noch am selben Tage. — Von einer einstürzenden Mauer erschlagen wurde in Weisen- see bei Berlin der Arbeiter Schulz. Schwere Brustquetschungen hatten seinen alsbaldigen Tod zur Folge. — In Wittental fiel ein Zimmergeselle von dem Dache eines Neubaus. Ein Oberschenkelbruch, den er sich zuzog, machte seine Entlieferung in das Spital in Freiburg nötig. — In Womrath im Hunsrück stürzte das Dach eines Neubaus ein. Der Maurer Konrad geriet unter die Trümmer und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopf und dem linken Bein zu. — In Hamburg ereignete sich am 22. Mai an dem Bau des Unternehmers Hupach in der Hegestraße ein schwerer Unglücksfall. Als die Bauarbeiter Steine auf ein Gerüst trugen, stürzte dieses ein, wodurch ein Bauarbeiter mit in die Tiefe gerissen wurde. Die Ursache des Unfalles dürfte in der sehr mangelhaften Herstellung des Gerüsts zu suchen sein, zu dem recht schadhafte Material verwendet war. Ueberhaupt war das gesamte Gerüst an diesem Bau in einem sehr dürftigen Zustande. An einem Neubau am Hammer Steindamm stürzte in der Nacht zum 24. Mai ein Teil des Gerüsts zusammen. Wäre der Einsturz bei Tage erfolgt, dann hätte er schlimme Folgen haben können. — Am Neubau der städtischen höheren Mädchenschule in Cöslin stürzte beim Aufrichten eines Binders am 29. Mai der Zimmerer Julius Goers aus Cöslin so unglücklich ab, daß der Tod sofort eintrat.

Unangenehme Begleiterscheinungen des Submissionswesens. In Wolfenbüttel in Braunschweig soll ein Schlachthaus erbaut werden. Die Arbeiten wurden in Submission ausgeschrieben. Nach Bekanntwerden der eingegangenen Offerten hatte das „Wolfenbütteler Kreisblatt“ die Ergebnisse der Submission für die Zimmerarbeiten mit einigen Bemerkungen kritischer Art begleitet. Dafür wurde es von einem der Submittenten, Kreiszimmermeister Fr. Rohde, in den Braunschweiger „Neueste Nachrichten“ wie folgt abgeurteilt: „Das Kreisblatt bringt in seinem lokalen Teile die von den hiesigen Unternehmern geforderten Summen für die Ausführung der Zimmerarbeiten zum Schlachthause. Das Blatt bestätigt zwar selber in seinem Schlusssatz seine Unkenntnis über die Entstehung der Preisunterschiede und hätte infolgedessen besser getan, die Behauptung sich zu schenken, daß für die niedrigeren Preise keine tabel- losen Arbeiten zu liefern sind, denn einen Beweis hierfür kann es nicht antreten. Das Blatt versteht allerdings nichts davon, sonst würde ich ihm empfehlen, sich die Zimmer- arbeiten an der St. Jakobikirche und am Behördenhause in Braunschweig anzusehen, die auch im Wege der Submission vergeben und von mir ausgeführt sind. Außerdem teile ich dem Blatte zu seiner Beruhigung mit, daß ich trotz der paar Jahre, die ich hier erst am Orte bin, das umfangreichste Zimmergeschäft besitze und in den letzten Jahren einen größeren Lohn- und Materialumsatz habe als alle übrigen zusammen. Das dürfte wohl Beweis genug sein. Bei mir ist nur gutes Holz und die allerbeste Arbeit geliefert und dieses wird auch beim Schlachthause geschehen.“

Ein paar Tage später mußte das Kreisblatt berichten: „Die Zimmerarbeiten für den hiesigen Schlachthausbau wurden in folgender Weise verteilt: Dem Mindestfordernden, Kreis- zimmermeister Rohde, wurde das Verwaltungsgebäude und das Hauptgebäude und dem Zimmermeister Brückner der Rest der Arbeiten übertragen.“

A. C. Leerstehende Wohnungen in deutschen Städten. Im Herbst 1910 haben in zahlreichen Städten Wohnungs- zählungen stattgefunden, bei denen unter anderem auch der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ermittelt wurde. Das Düsseldorf Statistische Amt berichtet über die Ergeb- nisse in 22 Städten. Für diese betrug der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen:

Rixdorf	9,5	Magdeburg	2,1
Hamburg	7,0	Chemnitz	1,8
Charlottenburg	6,9	Dortmund	1,6
Mainz	5,1	Hannover	1,5
Mülheim a. Rhein	5,0	Leipzig	1,5
Altona	4,8	Karlsruhe	1,2
Cöln	4,2	Dresden	1,1
Stettin	4,1	Strasbourg	1,0
Mannheim	3,8	Freiburg	0,8
Düsseldorf	3,2	Königsberg	0,5
Bremen	2,9	München	0,5

Einen Rückgang des Wohnungsangebotes haben von den in der Zusammenstellung berücksichtigten 22 Städten seit 1909 Dortmund, Dresden, Königsberg, Mülheim a. Rhein, München, Altona und Bremen aufzuweisen. Ein Prozentsatz leerstehender Wohnungen von weniger als 3 läßt auf ein niedriges Wohnungsangebot in Städten mit rasch steigender Bevölkerungsziffer schließen. Für sie muß die niedrige Ziffer eine Anregung zu erhöhter Bautätigkeit werden. Sehr hoch ist der Prozentsatz leerstehender Wohnungen in den Vororten Berlins, Rixdorf und Charlottenburg. Hier ist ein Ueber- angebot vorhanden, das durch die relativ starke Bautätigkeit im Jahre 1910 mit bewirkt worden ist. Auch in Hamburg ist das Angebot äußerst stark und steht in auffallendem Gegensatz zu der Nachbarstadt Altona, dessen Prozentsatz um nicht weniger als 3,7 niedriger steht.

Die Bautätigkeit in Straßburg i. Els. im ersten Quartal 1911 hat wenigstens in gewissem Umfange eine Erleichterung des Wohnungsmarktes hinsichtlich der Klein-

wohnungen gebracht. Während im ersten Quartal 1910 nur 20 Wohngebäude mit 92 Wohnungen von durchschnittlich 4 Zimmern auf den Markt gebracht wurden, brachte das erste Quartal 1911 84 Wohngebäude mit 218 Wohnungen von nur durchschnittlich 3,4 Zimmern. Die Bautätigkeit war also auch wesentlich stärker als im Vorjahre. Unter den 218 neuen Wohnungen befinden sich nur 18 mit 5 oder mehr Zimmern. Ein großer Teil der neu erstellten Kleinwohnungen ist von der gemeinnützigen Baugenossenschaft der Garten- vorstadt Stockfeld errichtet worden. Diese Zunahme des Kleinwohnungsbaues ist um so mehr zu begrüßen, als, wie das Statistische Amt berichtet, im Oktober 1911 der Abbruch zahlreicher Kleinwohnungen in der Altstadt zum Zwecke des Straßendurchbruchs beginnen wird.

Die Bautätigkeit in Königsberg i. Pr. im ersten Quartal 1911 war nur wenig besser als im gleichen Zeit- raum des Vorjahres, blieb aber hinter der früherer Jahre noch zurück. Dem vorhandenen Bedürfnis nach Wohnungen hat sie deshalb auch nur in geringem Grade Abhilfe schaffen können. Eine starke Belebung der Bautätigkeit in der nächsten Zeit wäre deshalb sehr erwünscht.

Gewerkshaffliche Rundschau.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Einen hartnäckigen Kampf führen die Hamburger Holzarbeiter. Das Kampfojekt ist in erster Linie der paritätische Arbeitsnachweis, den zugestehen sich der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe für Hamburg und Umgebung beharrlich weigert und weshalb bisher die Erneuerung des abgelaufenen Tarif- vertrages nicht hat erfolgen können. Daneben ist allerdings auch bezüglich der Arbeitszeitverkürzung und der Lohn- erhöhung eine Einigung bislang nicht möglich gewesen. Schon im Vorjahre unter dem alten Verträge führten die Hamburger Holzarbeiter ebenfalls einen Kampf um den Arbeitsnachweis und zwar gegen die Tischlerinnung. Die Innung unterlag; es kam ein paritätischer Arbeitsnachweis zustande gegen den Willen des Vorstandes obengenannten Arbeitgeberverbandes. Bei Ablauf des Tarifes, im Februar d. J., verlangte nun der Holzarbeiterverband die Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises in vollem Umfang auch seitens des Schutzverbandes. Diese wurde verweigert und es kam im März zum offenen Kampfe. Er be- gann mit einem partiellen Streik der Holzarbeiter am 20. März, dem etwa acht Tage später eine Teilaussperrung folgte. Seitdem tobt der Kampf, dessen Beendigung noch nicht abzusehen ist.

Ein in der vorigen Woche unternommener Versuch zur Beilegung des Kampfes ist gescheitert an dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes. Der Versuch war ausgegangen von dem Vorsitzenden des Hamburger Gewerbegerichts. Die Parteien stellten sich auch zur Verhandlung, aber eine Ver- ständigung mißlang. Es wurde ein Schiedsgericht gefällig, der die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises fordert und dessen Benutzung für Arbeitgeber und Arbeiter ob- ligatorisch macht, es aber den Arbeitgebern gestattet, aus- nahmsweise auch außer der Reihenfolge der Eintragung einen Arbeiter einzustellen, wenn der betreffende Arbeiter damit einverstanden ist. Die nötigen Vorarbeiten zum baldigen Ab- schluß eines Tarifvertrages wollte der Schiedsgericht in die Hände einer gemeinschaftlichen Kommission von Arbeitgebern und Arbeitern gelegt wissen, die auch ein Arbeitsnachweis- regulativ nach den im Schiedsgericht angegebenen Richtlinien entwerfen solle. Falls über einzelne Punkte eine Einigung nicht zustande käme, sollte das Gewerbegericht als Einigungs- amt angerufen werden.

Am 23. Mai wurde der Schiedsgericht gefällig. Bis zum 3. Juni sollten sich die Parteien erklären. Die Arbeitgeber hatten es anscheinend sehr eilig. Noch am selben Abend be- schlossen sie die Ablehnung des Schiedsgerichtes mit der Be- gründung, daß er die Forderungen der Arbeiter vollinhaltlich erfülle. Die Holzarbeiter nahmen am 24. Mai in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Schiedsgericht und gleichzeitig auch Kenntnis von dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber. Die Versammlung sprach ihre Bereitwillig- keit zur Zustimmung zu dem Schiedsgericht aus, der, wenn auch in beschränktem Maße, den paritätischen Nachweis ent- halte. Sie billigte auch die von ihren Vertretern in den Verhandlungen gemachten Vorschläge. Nachdem aber die Arbeitgeber durch ihre Stellung in der Arbeitsnachweisfrage und die Ablehnung weiterer Verhandlungen gezeigt, daß auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung eine Verständigung vorläufig noch im weiten Felde ist, be- schloß die Versammlung, den Kampf solange zu führen, bis die Arbeitgeber zu einem annehmbaren Frieden bereit seien.

kr. Die 19. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fand in der Woche vom 21. bis 26. Mai in Bochum statt. Sie beschloß, vom 1. Oktober ab die Beiträge auf 30 % für alle Mitglieder mit einem Durchschnittseinkommen unter M. 3, auf 40 % für solche mit einem Durchschnittsverdienst von M. 3 bis M. 4 und auf 50 % für alle Mitglieder mit einem Durchschnitts- verdienst über M. 4 pro Tag zu erhöhen. An den ein- zelnen Unterstützungszweigen wurde jedoch trotz der Bei- tragserhöhung fast nichts geändert. Es herrschte allgemein die Stimmung vor, alle Mittel nach Möglichkeit für die zu erwartenden Kämpfe aufzuspeichern. Nur die Gemäßregelten- unterstützung wurde um M. 2 (auf M. 12, 14, 16) und die Streitunterstützung um M. 1 pro Woche erhöht. Dann schaffte die Generalversammlung die bis jetzt gehandhabte Bestimmung ab, daß der Verband keine Arbeiter über 50 Jahre sowie keine Arbeiterinnen aufnimmt. Man ließ diese bis jetzt aus prinzipiellen Gründen hochgehaltenen Bestimmungen fallen. Eine Neuerung schuf man in der Errichtung eines so- genannten Aktionsausschusses. Er setzt sich zu- sammen aus Delegierten, welche direkt von den Mit- gliedern jedes Bezirkes aus ihrer Mitte mittels geheimer Abstimmung gewählt werden, ferner aus den Bezirks- Leitern und dem Gesamtverband und den Re- dakteuren.

Die Generalversammlung war mit der Tätigkeit des Vorstandes und der Redaktion vollauf einverstanden. Abfällig kritisiert, und zwar fast allgemein, wurde von den Delegierten nur der diesjährige Maiartikel. Sie erblickten darin ein

Bremfen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai, und davon wollten besonders die Delegierten aus dem Ruhrgebiet nichts wissen.

Bei der Besprechung der Lohnbewegungen wurde das ganze System der „Christlichen“ gebührend beleuchtet. Von der Mitte des vorigen Jahres an begann sich die Lage auf dem Kohlenmarkt bedeutend zu bessern; die Unternehmer- gewinne gingen in die Höhe. Da hatten die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit einer Lohnforderung vorzugehen. Aber der „christliche“ Bergarbeiterverband schloß sich der geforderten fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung nicht an. Im Gegenteil, von da an begannen die „Kölnische Volkszeitung“ und mit ihr der christliche „Bergknappe“ systematisch unwahre, grau in grau gefärbte Berichte vom Kohlenmarkt zu verbreiten; sie rebeten der Öffentlichkeit vor, daß die Unternehmer keine Ueberschüsse machen. Jetzt, nachdem durch dieses Verhalten die Lohnbewegung kaputt ist, kommt auch die „christliche“ Presse und muß zugeben, daß die Gewinne der Bergherren steigen. Die Delegierten sprachen dem Vorstand für sein Verhalten gegenüber diesen schädigen Gegnern ihr volles Vertrauen aus, was sie auch durch die Wiederwahl des Vorstandes und der Redaktion bekräftigten. Den-Genossen Hue und Sache wurde noch insbesondere Anerkennung gezollt für ihr Verhalten bei der Reichsversicherungsordnung. Sie erhielten ferner einstimmig den Auftrag, mit ihren Fraktionskollegen gegen die Reichsversicherungs- ordnung zu stimmen, wenn in der dritten Lesung nicht nennenswerte Verbesserungen in das Gesetz hinein- kommen.

Nach zwei Referaten des Verbandssekretärs Wald- hecker und des Redakteurs Pokorny über den Stand des gesetzlichen Bergarbeiterschutzes und die sanitären Zustände auf den Gruben formulierte die Generalversammlung noch einmal ihre diesbezüglichen Forderungen an die Bergherren und die Gesetzgebung. Die beiden Referate werden ihres reichen Inhalts wegen als Agitationsbroschüre verbreitet.

Die nächste Generalversammlung wird der Verband über zwei Jahre in Hannover abhalten.

Eine Ehrung Ludwig Schröders. Die General- versammlung des Bergarbeiterverbandes beschloß in ihrer Sitzung vom Donnerstag, den zweiten Vorsitzenden, Ludwig Schröder, der am ersten Verhandlungstage infolge eines leichten Schlaganfalles den Vorsitz niederlegen mußte, in Hinsicht auf seine Verdienste um den Verband mit vollem Gehalt zu pensionieren.

A. C. Internationale Streikstatistik. Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur, von der alle in die Welt- marktwirtschaft verfrachten Länder mehr oder weniger stark berührt werden, hat im laufenden Jahre ein deutliches Anfluten der Streibewegung zur Folge gehabt. Am schärfsten zeigt sich die Zunahme merkwürdigerweise in Frankreich, dessen Position am Weltmarkt hinter Großbritannien und Deutschland zurückbleibt, in welchem Lande aber trotzdem die Streibewegung schon wieder in einer ganz auffälligen Weise zugenommen hat. Für das erste Quartal gibt die amtliche Statistik die Zahl der in Frankreich neu begonnenen Streiks in diesem Jahre auf 412 an; sie hatte im vorigen Jahre nur 283 betragen. Nun zeigt sich an der Zahl der Streikfälle noch nicht der Umfang der Streibewegung; denn wenn es nur kleine partielle Streiks sind, von denen die Zunahme herrührt, so wäre sie für die Gesamtheit nicht von großer Bedeutung. Wichtig ist vielmehr, daß auch die Zahl der Streikenden scharf zugenommen hat; sie betrug im ersten Quartal dieses Jahres 33 214 gegen 29 216 im Vergleichsquarter des Vorjahres. Im Februar waren 107 Streiks mit 8921 Beteiligten neu begonnen worden, gegen 55 mit 5818 Beteiligten im vorigen Jahre, im März waren es 210 Streiks und 17021 Streikende gegen 153 und 15 613 im März 1910. Auffallend ist es, wie un- günstig die Streibewegung in diesem Jahre für die Arbeiter verlief. Im März betrug die Zahl der erfolgreichen Streiks nur 30 gegen 27 im Vorjahre, die der erfolglosen aber 79 gegen 46. Mit einem Vergleich oder teilweisen Erfolg endeten 91 gegen 58 Streiks. In Großbritannien ist die Entwicklung ganz eigenartig; die Zahl der Streiks ist in den ersten vier Monaten d. J. bedeutend größer als in der Vergleichszeit 1910, die Zahl der Streikenden sowohl wie die Zahl der verlorenen Arbeitstage aber blieb merklich hinter den vorjährigen Ziffern zurück. Diese Abnahme ist jedoch wieder ausschließlich durch den Rückgang der Streibewegung im Bergbau veranlaßt, während in den andern Ge- werben durchweg eine Zunahme zu beobachten ist. Es betrug nämlich in Großbritannien die Zahl der Streiks in den ersten vier Monaten dieses Jahres 171 gegen 121 im vorigen Jahre, die Zahl der Streikenden 79 378 gegen 175 607, die Zahl der verlorenen Arbeitstage 2 423 200 gegen 2 946 300. Im Bergbau wurden 44 Streiks mit 32 435 Beteiligten und einem Verlust von 1 751 200 Arbeitstagen neu begonnen gegen 52 Streiks mit 155 663 Beteiligten und 2 738 800 verlorenen Arbeitstagen im Vorjahre. Auf die übrigen Gewerbe ent- fallen dagegen 127 Streiks gegen 69, 46 943 Streikende gegen 19 944 und 672 000 verlorene Arbeitstage gegen 207 500 vor einem Jahre. Im Maschinen- und Schiffbau wurden 38 Streiks neu begonnen gegen 19 im Vorjahre, es waren 16 723 Personen beteiligt gegen 2469 und der Verlust an Arbeitstagen betrug 203 400 gegen 22 100. Der Streit- bewegung in Belgien drückte die Bergarbeiterbewegung im laufenden Jahre ihren Stempel auf. Der schon von Jahresbeginn dauernde Streik im flämischen Bergrevier, der sich bis in den Februar hinein hinzog, gab das Zeichen zu einer starken Entfaltung der Streibewegung; hervorzuhellen ist vor allem der Streik von 3000 Wollkammern in Brüssel, die Mitte Februar in den Ausstand traten. Von großen Arbeitskämpfen im Auslande sind dann noch die Aussperrung von 43 000 Schuhmachern in Schweden, der Streik von 7000 Damenschneidern in Wien und neben der Aussperrung von 15 000 Bauarbeitern noch eine ganze Reihe größerer Arbeits- kämpfe in Dänemark zu nennen. In den Vereinigten Staaten von Amerika hielt sich die Bewegung noch in ziemlich engen Grenzen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 34. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unglücksraben. — Die Wagbabbahn. Von Karl Rabel. — Vodenfragen. Von R. Kautsky. (Schluß). — Die Social Democratic Party, Hyndman und die Nahrungfrage. Von S. Duelsch-London. — Literarische Rundschau: Universitätsprofessor Dr. Josef Schumpeter, Wie studiert man Sozialwissenschaft? Von G. Gellert. — Notizen: Die „Leipziger Volkszeitung“. Von R. Kautsky. Der sozialistische „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ in Bulgarien. — Zeitschriftenschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Historische Skizzen von Dr. Ludwig Frank, Mitglied des Reichstags. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Nr. 18 der kleinen Bibliothek. 112 Seiten. Preis gebunden M. 1, broschiert 75 A. Vereinsausgabe 50 A.

Bei der beginnenden Wahlbewegung wird das Büchlein das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Beigabe der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte den Wert der Arbeit nicht unwesentlich steigern.

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Preis 75 A. Vereinsausgabe 25 A. In seiner Vorbemerkung schreibt Genosse Kautsky über die Entstehung der soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienenen Schrift:

Ende Februar dieses Jahres besuchte eine Delegation belgischer Gewerkschafter Berlin, um Gewerkschaften und Sozialdemokratie Deutschlands zu studieren. Unter anderem forderten sie mich auf, ihnen einen Vortrag über die taktischen Strömungen in unserer Partei zu halten. Ich arbeitete einen solchen aus, den ich jetzt auch deutschen Lesern vorlege, da verschiedene Genossen meinten, meine kurze Zusammenfassung, obwohl für Ausländer bestimmt, könne auch für manchen deutschen Arbeiter von Interesse sein.

Ich habe mich bemüht, so unparteiisch zu berichten, als es für jemand möglich ist, der in allen den taktischen Differenzen, die er beschreibt, lebhaft und entschieden Partei ergreifen hat. Es handelte sich hier nicht darum, zur Ausföschung dieser Differenzen beizutragen, die überdies meist schon überwunden sind, sondern sie Genossen verständlich zu machen, die an ihnen nicht beteiligt waren.

Gerade jetzt, vor einem so entscheidenden Wahlkampf, empfinden wir alle auf das mächtigste das Bedürfnis nach innerer Geschlossenheit. Aus diesem Bedürfnis ist auch vorliegende Broschüre geboren.

Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir folgende Titellüberschriften: 1. Lassalleaner — Eisenacher. — 2. Taktik der deutschen Sozialdemokratie. — 3. Versuche, unsere Taktik zu ändern. — 4. Partei und Gewerkschaft. a) Die Generalkommission. b) Lokalkisten und Zentralisten. c) Die gewerkschaftliche Neutralität. d) Massener und Massenstreik. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Speditoren.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende. II. Teil. Von Franz Mehring. Preis M. 1,25. Welche Teile im Leinenband M. 2,50.

Der soeben zur Ausgabe gelangte II. Teil hat folgenden Inhalt: Zwischen zwei Revolutionen. — Eine Weltwende. — Neues Leben in Deutschland. — Revolutionäre Literatur. Heine. — Philosophie und Proletariat. Weitling. — Unterromantischen Könige. — Marx und Engels. — Die deutsche Revolution und ihre Folgen. — Die Märzrevolution. — Die Gegenrevolution und ihr Sieg. — Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung. — Die fünfziger Jahre. — Der preussische Verfassungskampf. — Lassalle. — Die Revolution von oben. — Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. — Die Anfänge der deutschen Krise. — Der Norddeutsche Bund. — Lassalleaner und Eisenacher. — Kaiser und Reich. — Die deutsche Sozialdemokratie. — Gründungsschwindel und Kulturkampf. — Die Einigung der Arbeiterpartei. — Reaktionen umkehr. — Das Sozialistengesetz. — Die milde Pragis. — Bismarcks Sturz. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Speditoren.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrady. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft zum Preise von 20 A. Die Hefte 30 und 31 sind erschienen. Probehefte durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Kolporteurs.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben ein Führer, der in allen einschlägigen Fragen ein guter Ratgeber sein dürfte. Bei der Vermorenheit der in Frage kommenden Gesetzgebung wird er manche Unklarheit beseitigen und dadurch gute Dienste leisten.

Der Inhalt ist folgender: Einleitung. — Evangelisches Kirchensteuerrecht. — Die Steuerpflicht. — Beginn und Endigung der Steuerpflicht. — Grundzüge der Steuererhebung. — Steuerpflicht in gemischten Ehen. — Rechtsmittel gegen die Veranlagung. — Nachforderung von Kirchensteuern. — Verjährung. — Zwangsvollstreckung. — Anwendbarkeit der Gesetze. — Strafbestimmungen. — Katholisches Kirchensteuerrecht. — Der Austritt aus der Kirche. — Alphabetisches Sachregister. Der billige Preis von 20 A macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Kolporteurs.

Otto Krille. Anna Varentzin. Drama in drei Akten. Berlin 1911. Verlag von Johann Cassenbach. Preis M. 1,50. Otto Krille, der der deutschen Arbeiterschaft längst als einer der begabtesten Vertreter der jungen proletarischen Lyrik bekannt ist, stellt sich uns nunmehr auch als Dramatiker vor.

Offentlich gelingt es unsern Bildungsausschüssen, die mit Bühnen in Beziehung stehen, die Aufführung dieses wertvollen Arbeiterdramas durchzusetzen. Inzwischen können wir unsern Lesern die Lesart des Buches nur aufs angelegentlichste empfehlen.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. Glas, C. B. Gratulationsanzeigen dürfen auf Beschluß der 18. Generalversammlung im „Zimmerer“ nicht erscheinen.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 5. Juni: Wismar: Abends 8 Uhr in der „Gansa“. — Solzhausen: Abends 8 Uhr bei Daniel Hundertmark.

Dienstag, den 6. Juni: Braunschweig: Abends 8 Uhr im „Bayerischen Hof“, Dehlshöfcher 40. — Graudenz: Abends 6 1/2 Uhr im „Goldenen Anker“, Fahrplatz 1. — Ilmenau: Im „Deutschen Haus“. — Tchebo: Abends 8 Uhr bei Fr. Wehrstedt, Am Markt. — Langensalza: Gleich nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — Lauban: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus, Breite Straße. — Nordhausen: Abends 7 Uhr in „Stadt Berlin“, Schreiberstraße. — Müritzen: Abends 8 Uhr in der „Goldenen Rose“, Weberplatz. — Sommerfeld: Abends 6 1/2 Uhr im Restaurant Martini. — Spremberg: Bei Knorr, Pfortenstr. 14. — Stöckelberg: Abends 8 1/2 Uhr bei Pättau in Fadenburg. — Stolp: Abends 7 Uhr bei Selke, Poststr. 1. — Ulm: Abends 7 Uhr im Restaurant „Sohntwiel“. — Webel: Abends 8 Uhr im Lokale von Strudmeyer.

Mittwoch, den 7. Juni: Aischersleben: Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Prinz von Preußen“, Ueber den Wässern. — Celle: Abends 8 Uhr bei Knopp. — Eppend: Abends 8 Uhr bei Otto Joch, Grünauer Straße. — Elbing: Eine Stunde nach Feierabend im „Vereinsgarten“. — Flottbek: Abends 8 Uhr bei David in Döckenhuden. — Guben: Eine Stunde nach Feierabend im Lokal „Zur Friedensallee“. — Penzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Karl Schmidt, Görtzger Straße. — Rendsburg: Abends 8 Uhr im „Apollo-Saal“. — Schwerin: Abends 8 Uhr im „Thalia“-Restaurant, Graf-Schad-Straße. — Westerland: Abends 8 Uhr bei Mag Petersen.

Donnerstag, den 8. Juni: Greifswald: Abends 7 1/2 Uhr bei Benz, Langereihe 19. — Lübeck: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52. — Schleswig: In der „Zentralhalle“, Domziegelhof 14. — Schwartau: Abends 8 Uhr bei Süfte in Rensfeld.

Freitag, den 9. Juni: Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfshager Straße 5/7. — Halle a. d. S.: Abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus „Zu den drei Königen“, Kleine Klausstr. 7. — Jena: Eine Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 10. Juni: Alt-Ollende: Bei S. Niehe, Grünauer Straße. — Buer i. W.: Abends 8 Uhr bei Dredenbrock, Hagenstr. 18. — Gern: Abends 8 1/2 Uhr bei Kampmeter, Schamrothstr. 44. — Herten: Abends 9 Uhr bei Gustav Lange, Am Bach. — Jever: Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Traube“. — Ludwigshafen: Abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Zeuch, Friesenheimer Straße 67. — Nemscheid: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus. — Roda: Nach Feierabend im Gasthof „Zur Gule“. — Singen a. Sohentwiel: Abends 8 Uhr in der „Germantia“. — Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“, Gangestr. 47. — Wanne: Abends 8 Uhr bei Homburg, Schulstr. 24.

Sonntag, den 11. Juni: Ganner: Nachm. 2 1/2 Uhr beim Gastwirt Bloch. — Greifeld: Vorm. 11 Uhr bei Wayer, Königstraße. — Dorimund, Bezirk Lütgendortmund: Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kranefeld. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im „Kaufhaus“, Bergerstraße. — Eiche: Nachm. 3 1/2 Uhr bei Johns in Stubben-Nadeland. — Ebershausen: Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt A. Reune. — Frankenberg: Nachm. 3 Uhr im „Stadtpark“. — Goldberg i. M.: Nachm. 4 Uhr in der Herberge. — Gildesheim: Nachm. 3 Uhr im Verkehrslokal von S. Niehe, Brühl 37. — Kulmbach: Nachm. 2 Uhr bei Hans Nupp in Wegdorf. — Lubau: Vorm. 10 Uhr im „Engelgarten“. — Mülheim a. Rh., Bezirk Wiesdorf: Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krüner, Klippersteig. — Münster i. W.: In der „Erbener Bierhalle“, Hafenstr. 12, bei Unger. — Neudamm: Nachm. 3 1/2 Uhr im Hotel „Kaiserhof“. — Oberhausen: Vorm. 11 Uhr im Lokale „Zur deutschen Bierhalle“, Ecke Grenz- und Friedenstraße. — Obornil i. Pos. — Rahorst: Nachm. 3 Uhr in Hamborn bei Großerlose, An der Zinkhütte. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Tiboli“. — Strehlen i. Schl.: Nachm. 8 Uhr im Lokale „Neufreischam“. — Trier: Vorm. 11 Uhr in der Antonbrauerei, Jakobstraße.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich unter der Adresse August Bringmann, Hamburg I, Besenbinderhof 57/66, 3. St., einzusenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 A per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bares Geld zu senden.)

Zahlstelle Neusalz a. d. O. Sonntag, den 11. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung in Weuthen a. d. O., im Gasthof „Zum grünen Baum“. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden zu erscheinen. Keiner darf fehlen. [90 A] Der Vorstand.

[M. 4,20] Nachruf. Am 20. Mai starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kamerad Eduard Brucha im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Chemnitz und Umgegend.

Todesanzeige. Am 19. Mai verstarb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kamerad Valentin Mankowski im Alter von 41 Jahren. Ein treues Andenken bewahrt ihm [M. 3,60] Die Zahlstelle Hohensalza.

Nachruf. Am 24. Mai starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kamerad Gottlieb Kremser im Alter von 40 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [M. 3,60] Die Zahlstelle Düsseldorf.

Achtung, Zimmerer der Zahlstelle Swinemünde! Unsere Mitgliederversammlung am 5. Juni ist bis zum Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, vertagt. Kameraden, der Wichtigkeit halber erscheint alle! Gauleiter anwesend. [M. 1,10] Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer, Achtung! Den zureisenden Kameraden in Barbü ist bis auf weiteres das Umschauen verboten. Arbeitssuchende haben sich beim Kameraden Karl Jobs, Grabengasse 10, sowie beim Kameraden Karl Werner, Brückstr. 18, zu melden. [70 A] Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer, Achtung! Den zureisenden Kameraden ist in Bodejuch bis auf weiteres das Umschauen verboten. Arbeitssuchende haben sich beim Kassierer Müller, Wiesenstr. 10, Auskunft zu holen. [60 A] Der Vorstand.

Zeuge gesucht! Franz Kunz, Zimmerer, sende Deine Adresse an den Bauhilfsarbeiter Gustav Klünder, Düsseldorf. Diejenigen, die die Adresse von Kunz wissen, wollen hiervon A. Reichardt, Düsseldorf, Engelbertstr. 15, Mitteilung machen. [M. 1,50]

Die gegen Theodor Grütze in Westropp getane Neuerung nehme ich, weil sie nicht der Wahrheit entspricht, mit Bedauern zurück. Dresden, den 26. Mai 1911. [M. 1,50] Eduard Scharf.

Die durch mich dem Kassierer Budzinski, Posen, zugefugte Beleidigung, daß er Organisationsgelder unterschlagen haben soll, nehme ich hierdurch zurück. [M. 1,20] Stefan Teschner, Posen W 7.

Noch einige Zimmerer für Schloßneubau Hasenwinkel gesucht. Adolf Ehlers, Warin i. M., Fernruf 16.

4-6 Zimmerleute stellt ein. [M. 1,80] H. Rabe, Baugeschäft, Neubufow i. M.

8 bis 10 Zimmergesellen mit Geschir für dauernde Arbeit gesucht. (Stundenlohn 45 A.) W. Stellmann, Zimmermeister, Scharnebeck b. Lüneburg. [M. 2,10]

8-10 Zimmerleute finden dauernde Beschäftigung. Zu melden im Gewerkschaftshaus Neubufow. [M. 2,10] W. Beyer, Zimmermeister, Neubufow i. M. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.